

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10273**. Wer stimmt dem zu? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10242**. Wer stimmt dem zu? – SPD, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10274**. Wer stimmt dem zu? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10275**. Wer stimmt dem zu? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Die SPD. Damit ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10243**. Wer stimmt dem zu? – Die SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag auch **abgelehnt**.

Änderungsantrag der SPD **Drucksache 14/10244**. Wer ist dafür? – Die SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10276**. Wer stimmt dem zu? – Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Grünen **Drucksache 14/10277**. Wer ist dafür? – Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP? Wer enthält sich? Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10278**. Wer ist dafür? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen nur zur Gesamtabstimmung. Wer der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10205** zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Damit ist diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 05 verabschiedet**.

Ich rufe auf:

Einzelplan 15
Ministerium für Generationen,
Familie, Frauen und Integration

und hier zunächst den

Teilbereich
Generationen, Familie, Kinder und Jugend

Als erster Rednerin erteile ich Frau Altenkamp von der SPD-Fraktion das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Frau Präsidentin! Gleich: Herr Präsident!

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Minister Laschet, das habe ich auch noch nicht erlebt, dass ich ganz persönlich eine Pressemitteilung bekommen habe und mir Ihre Abteilung Öffentlichkeitsarbeit ganz persönlich etwas geschrieben hat: Brutto ist nicht gleich netto, und März ist nicht gleich November. – Dazu kann ich nur sagen: Ich Sie auch, Herr Minister!

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Aber schauen wir mal genau hin! 52.508 U3-Plätze waren es laut gestriger Pressemitteilung im März 2009. Im September 2009 waren es laut Ihres Ergänzungsbandes, den Sie mit Datum vom 15. September verschickt haben, 70.000 Plätze in 2008. Laut Pressemitteilung vom 1. August waren es 86.000 Plätze in 2009. Das bedeutet, zwischen dem 1. August 2008 und dem 1. März 2009 sind uns in Nordrhein-Westfalen 18.000 Plätze verlorengegangen, und zwischen März 2009 und August 2009 sind dann 34.000 Plätze mehr geschaffen worden. Das sind Pressemitteilungen aus Absurdistan, Herr Minister.

Das wird aber durch die CDU-Fraktion noch getoppt. Denn am 10. November 2009 kommt um 14:02 Uhr die Meldung von Frau Kastner: Binnen vier Jahren haben wir die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf weit mehr als 50.000 Plätze vervierfacht. – Am 10. November 2009 um 16:49 Uhr meldet wieder Frau Kastner: Binnen vier Jahren haben wir die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren auf mehr als 86.000 Plätze versechsfacht.

Herr Minister, die Frage stellt sich: Können Sie vielleicht heute, am 2. Dezember 2009, sagen, wie viele Plätze wir eigentlich in Nordrhein-Westfalen haben?

(Wolfgang Jörg [SPD]: 5 Millionen sind das, wenn man es hochrechnet!)

Denn die 52.508 Plätze haben Sie eingeräumt. Ich sage Ihnen, Herr Minister, Sie können es nicht sagen. Das ist auch der Sinn des KiBiz; denn Sie wollen, dass die Kommunen die Plätze schaffen müssen. Diesen Hinweis geben Sie in Ihrem Gesetz und auch in Ihren Pressemitteilungen, in denen Sie immer wieder sagen: Jetzt sind aber die Kommunen mal dran. – Nur, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen verklagen Sie, weil Sie mit den Bundesmitteln nach dem KiFöG in einer Art und Weise umgehen, dass die Kommunen sich in der Zwischenzeit nicht mehr imstande sehen, den U3-Ausbau so, wie er mit dem Bund verabredet ist, überhaupt zu betreiben.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Sie ziehen das Geld aus dem KiFöG an den Kommunen vorbei. Dabei – das ist der entscheidende Punkt – müssen Sie Anreize schaffen, damit der Ausbau schneller gelingt; denn die Situation in Nordrhein-Westfalen ist – das ist mehrfach belegt – nicht gerade die günstigste.

Deshalb haben wir mal nach Rheinland-Pfalz geblickt. Interessant ist, dass Sie gestern nicht mit einem Wort Rheinland-Pfalz erwähnt haben. Warum wohl?

(Minister Armin Laschet: Ist es so schlecht?)

– Nein. – Das ist doch klar: Rheinland-Pfalz wendet zum Beispiel rund 58 Millionen € für die Beitragsfreiheit auf. Der Vergleichswert für Nordrhein-Westfalen wäre 257 Millionen €. Tatsächlich steht im Landeshaushalt: null.

Rheinland-Pfalz zahlt an Träger und Kommunen, die eine bestimmte Betreuungsquote erreichen, einen sogenannten Betreuungsbonus von insgesamt 16,5 Millionen €. Der Vergleichswert in Nordrhein-Westfalen wäre rund 73 Millionen €. Tatsächlich: null.

Rheinland-Pfalz zahlt an Träger und Kommunen Ausgleich für den Ausbau in einer Gesamthöhe von 8,7 Millionen €. Der Vergleichswert in Nordrhein-Westfalen wäre rund 38,6 Millionen €. Tatsächlich aber: null.

Rheinland-Pfalz wendet 10 Millionen € für Maßnahmen und integrierte Konzepte zur Qualitätssteigerung sowie Sprachförderung, Übergang in die Grundschule, Erzieherinnenfortbildung und andere Dinge auf. Der Vergleichswert für Nordrhein-Westfalen wäre 44,4 Millionen €. Tatsächlich steckt das Land Unsummen in das sogenannte Delfin-4-Verfahren und leistet damit wirklich keinen Beitrag zu einer vernünftigen Sprachförderung in Nordrhein-Westfalen. Das kann auch gar nicht sein; denn der Vergleichswert zu 44,4 Millionen € in Rheinland-Pfalz ist 28 Millionen € in Nordrhein-Westfalen.

Dann kommt doch noch mal die CDU-Fraktion ins Spiel. Denn Frau Kastner hat gestern dem Minister sekundiert, indem sie sagte: Ja, ja, aber man darf

nicht vergessen, Rheinland-Pfalz ist Nehmerland. – Frau Kastner, was soll das denn heißen? Nordrhein-Westfalen war in diesem Jahr auch sechs Monate Nehmerland. Und? Haben wir einen vernünftigen Ausbau? – Nein.

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD])

Das Thema ist doch ein ganz anderes: Wollen Sie den Länderfinanzausgleich auf die Art und Weise außer Kraft setzen? Soll das heißen, dass Sie in Nordrhein-Westfalen der Auffassung sind, Nehmerländer dürften keinen U3-Ausbau machen? Das ist doch abartig und absolut lächerlich, Frau Kastner.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Laschet, in der Zwischenzeit lässt sich deutlich feststellen, der Unterschied zwischen Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und anderen Flächenländern, in denen der Ausbau wesentlich besser gelingt, scheint der zu sein, dass die Familienministerin in Rheinland-Pfalz von größerem Durchsetzungsvermögen ist als Sie.

(Zurufe von der CDU: Och!)

Sie sind mit diesem Landeshaushalt von Ihrem selbstgesteckten Ziel, kinderfreundlichstes Land in Deutschland zu werden,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Meilenwert entfernt!)

weiter entfernt denn je. Da helfen Ihnen auch keine Zahlenspielchen mehr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte auf eines hinweisen: Die Bundesstatistik, Herr Minister, von der Sie immer sagen, darin werde falsch gezählt, bezieht sich auf den 1. März.

(Minister Armin Laschet: Darin wird richtig gezählt! Sie lesen falsch!)

Herr Laschet, der 1. März 2010 kommt bestimmt. Seien Sie sicher!

(Beifall von Wolfgang Jörg [SPD] – Minister Armin Laschet: Natürlich, Gott sei Dank!)

Lassen Sie mich noch zwei Anmerkungen zu Änderungsanträgen zum Einzelplan 15, die die CDU gestellt hat, machen.

Zunächst einmal geht es um die Aufstockung der Familienhilfe. In einem Berichterstattergespräch, an dem die CDU leider nicht teilnehmen konnte, gab es auf die Frage, wie viel Mittel an Rückflüssen aus dem KiBiz zum Beispiel zur Verstärkung der Familienhilfe zur Verfügung stehen würden, den Hinweis, dass das maximal 1 Million € ausmachen könnte. Sie stellen in Ihrem Antrag 4,5 Millionen € ein.

Gesetzt den Fall, 4,5 Millionen € könnten dafür zur Verfügung stehen, frage ich allen Ernstes: Wenn es Rückflüsse aus dem KiBiz gibt, warum verwenden Sie die nicht zum einen für den U3-Ausbau? Zum anderen muss man auch an der Stelle wieder sa-

gen, dass Ihre Luftbuchungen im KiBiz, wo Sie im Nebel stochern und sich vorstellen, dass es vielleicht irgendwelche Summen geben könnte, gerade durch einen solchen Antrag massiv belegt werden.

Der letzte Punkt – das ist aber schon ein Ritual zwischen den regierungstragenden Fraktionen und unserer Fraktion – betrifft das, was Sie wieder mit dem Landesjugendplan veranstalten. Ich weiß nicht, ob Sie wirklich klug beraten sind, derart in den Landesjugendplan einzugreifen und den Verbänden die Möglichkeit zu nehmen, sich positiv zu entwickeln, wenn es doch insgesamt 20 Millionen € weniger gibt.

(Minister Armin Laschet: Wo gibt es weniger?)

Sie wissen doch auch, dass in der offenen Kinder- und Jugendarbeit erhebliche Bedarfe bestehen, um sich auf die offene Ganztagschule und die Folgen daraus einzustellen. Sie fördern aber Strukturen, statt Möglichkeiten zu geben, sich flexibel zu entwickeln. Da ist der Vorschlag des Ministeriums noch wesentlich wegweisender als das, was Sie jedes Jahr hier vorlegen.

Vor diesem Hintergrund können wir nur sagen – das wird Sie nicht überraschen –: Der Einzelplan 15 in den Teilbereichen Generationen und Familie, Kinder und Jugend wird von unserer Fraktion abgelehnt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Altenkamp, ich hatte auch nichts anderes erwartet, als dass Sie den Haushalt ablehnen. Sie werden aber verstehen, dass wir als Regierungsparteien diesem Haushalt gerne und sogar mit Freuden zustimmen; denn er ist ein Markenzeichen dafür, dass wir weiterhin Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt unserer Politik stellen.

(Beifall von der CDU)

Ich finde es auch sehr bedauerlich, dass Sie lediglich Zahlenspiele in den Mittelpunkt Ihrer Äußerungen zum Landshaushalt stellen und nicht das sehen, was wirklich dahintersteckt.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Ein bisschen hat das schon mit Haushalt zu tun!)

Lassen Sie mich einige Punkte aus dem Einzelplan 15 aufgreifen.

Der erste Punkt, warum wir diesem Haushalt zustimmen, ist, dass sich die Tagesbetreuung – ich will es einmal anders nennen: der Einsatz für Bil-

dung und Betreuung – der Kinder von null bis sechs Jahren oder die Umsetzung der Wünsche der Familien in Nordrhein-Westfalen darin deutlich widerspiegeln. Für die Kleinsten haben wir im KiBiz einen längst überfälligen bedeutenden Rahmen gesetzt – nicht nur inhaltlich, sondern auch finanziell. Es wurden rund 1,6 Milliarden € bereitgestellt. Dies ist allein gegenüber dem Jahr 2007 eine Steigerung um fast 54 %. Mit Blick auf die Betreuungsangebote für unter Dreijährige sind die Altlasten der Vorgängerregierung enorm.

(Britta Altenkamp [SPD]: 2007 haben Sie doch schon regiert!)

Frau Altenkamp, Sie können von mir aus jede Woche eine neue Pressemitteilung herausgeben. Meinetwegen können Sie auch jede Woche eine neue Pressekonferenz veranstalten

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, das machen Sie, Frau Kastner!)

und sich mit dem Minister und mir über Zahlen streiten. Am Ende bleibt aber, dass wir nach der schriftlichen Einführung des Ministers – das ist ja ausdrücklich belegt – im Jahr 2010 über 100.000 Plätze für unter dreijährige Kinder haben werden.

(Beifall von Ursula Meurer [SPD] und Walter Kern [CDU])

Das können Sie jetzt rauf und runter rechnen, dividieren und multiplizieren. Es ist und bleibt eine Leistung, an die Sie nicht anknüpfen können und von der Sie nur träumen können. Das muss man einmal deutlich sagen.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Daran werden wir anknüpfen, weil Sie bald nicht mehr regieren werden!)

Ganz nebenbei bemerkt: Die These, die Sie hier noch bei der Einführung des KiBiz in den Raum gestellt haben, dass Tausende von Erzieherinnen arbeitslos würden,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Wir haben gesagt, dass die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern!)

hat sich auch nicht erfüllt – ganz im Gegenteil. Der Arbeitsmarkt für Erzieherinnen ist leergefegt. Das ist eine gute Botschaft bezüglich der Entwicklung der Betreuung von Kindern.

Der zweite Punkt, der uns in der letzten Zeit wichtig war und der auch in diesem Haushalt wieder deutlich berücksichtigt wird, ist die Stärkung der Familien. Wir haben klare Ziele. Wir müssen Eltern stark machen. Wir wollen, dass die Familienpolitik bei den Kindern ankommt. Wir möchten Rahmenbedingungen schaffen, die es den Familien leichter machen, ihr Leben zu gestalten.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Sie tun genau das Gegenteil dessen, was Sie sagen – das exakte Gegenteil!)

Wir wissen genau, dass ein familienfreundliches Klima ein klarer Standortvorteil ist. Dazu gehört ganz deutlich, auf die Bedürfnisse der Familien einzugehen und sie spüren zu lassen, dass wir an ihrer Seite stehen.

Als deutlichste Kennzeichen sind nicht nur die Erhöhung der Betreuungsplatzangebote zu nennen, sondern auch die Familienzentren. Die Familienzentren sind in Nordrhein-Westfalen ein Erfolgsmodell. Deshalb haben wir auch weitere 4,5 Millionen € für die Familienzentren zur Verfügung gestellt, damit die beratenden Institutionen darauf zugreifen können. Ich bin mir sicher, dass dies auch so passieren wird, obwohl Sie es wieder rauf und runter, vor und zurück rechnen werden.

Der dritte Punkt ist die Sprachförderung. Wir alle wissen, dass die Kenntnis der deutschen Sprache die zentrale Voraussetzung für eine gelungene soziale und gesellschaftliche Integration ist. Im Gegensatz zu den rot-grünen Festreden der Vergangenheit sprechen wir aber nicht über Dinge, sondern haben sie angepackt. Im Jahr 2010 gibt es allein für die Sprachförderung 29,9 Millionen €. Es geht nicht mehr nur nach dem Zufallsprinzip, wie das früher der Fall war, sondern darum, dass die Kinder regelmäßig begutachtet werden und dann auch eine regelmäßige verpflichtende Förderung bekommen.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Das ist doch abenteuerlich!)

Der vierte Punkt ist der Kinder- und Jugendförderplan des Landes, den Sie auch angeführt haben, Frau Altenkamp. Sie können erneut darüber zetern, so viel Sie mögen – eines höre ich in den Gesprächen mit allen Beteiligten der Jugendarbeit immer wieder: Wir sind froh, dass es so gelaufen ist, weil wir endlich eine verlässliche Planung haben.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist doch nicht Ihr Verdienst! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Doch, darum ging es ihnen auch. Wir haben jedes Jahr mit Vertretern von Jugendverbänden, offenen Türen und sonstigen Einrichtungen der Jugendarbeit geredet. Jedes Mal haben sie gebettelt: Lasst uns unser Geld; wir können nicht planen; wir können uns nicht weiterentwickeln. – Genau dieses Geld steht ihnen verlässlich zur Verfügung. Die Jugendverbände und Jugendeinrichtungen wissen das ganz genau.

(Zuruf von der SPD – Gegenruf von Minister Armin Laschet: Natürlich, dass fünf Jahre nicht gekürzt wurde!)

Da haben wir ein Versprechen gegeben.

(Wolfgang Jörg [SPD]: 20 Millionen € nicht wieder aufgestockt! Versprochen – gebrochen!)

Dieses Versprechen haben wir auch umgesetzt. Das führt zur Handlungsfähigkeit in den Einrichtungen der Jugendhilfe.

(Britta Altenkamp [SPD]: Darum geht es doch überhaupt nicht! Ihre Vorschläge, wie der Landesjugendplan aussehen soll, sind schlecht!)

– Doch, genau darum ging es, Frau Altenkamp: um eine Verlässlichkeit der Jugendförderung.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Britta, wenn die CDU sich etwas vornimmt, wird es schlecht!)

Der fünfte Punkt ist die Generationenarbeit. Auch diesen Punkt möchte ich hier noch einmal erwähnen. In der letzten Woche hatten wir eine Anhörung. Für das Feld der Generationenpolitik und des demografischen Wandels haben wir uns drei Themen vorgenommen: das veränderte Bild der älteren Menschen in der Öffentlichkeit zu verankern, den generationsübergreifenden Dialog zu fördern und die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durchzusetzen. Bei der Anhörung in der letzten Woche haben wir gehört, dass uns das sehr gut gelungen ist. Wenigstens beim Thema „Bild der älteren Menschen in der Öffentlichkeit“ haben wir dort sehr viel Lob erfahren. Auch das passte Ihnen leider nicht ganz ins Konzept.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Der vorliegende Haushaltsentwurf ist eine solide Grundlage für die gute Arbeit des kommenden Jahres für Kinder, Eltern und ein familienfreundliches Bundesland. Seit der Regierungsübernahme arbeiten wir entschieden an den wichtigen und notwendigen Rahmenbedingungen, deren Schaffung die Vorgängerregierung mangels Verantwortung und Mut zur Erneuerung verschlafen hat.

Ein letztes Wort zu den Anträgen der Opposition. Die Wunschliste ist lang und hört sich ganz fantastisch an. Vergessen wird aber leider das Wichtigste, dass das Freibier nämlich nicht für alle reicht. Denn am Ende muss einer die Rechnung bezahlen, und das sind letztendlich die Kinder der kommenden Generation. Das wollen wir nicht.

Ich gebe gerne zu, Frau Asch: Auch ich könnte mir den einen oder anderen Wunsch noch sehr gut vorstellen. Wenn man aber mit begrenzten Mitteln verantwortlich umgehen soll und will, gehört es leider dazu.

Lassen Sie sich noch einmal einen Satz von Franz-Josef Strauß durch den Kopf gehen, der sagt: Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als dass ein Sozi Geld zurücklegt.

(Norbert Killewald [SPD]: Jetzt wissen wir, in welcher Zeit Sie leben! – Zuruf: Der hat noch ganz andere Sachen gesagt!)

Ich denke, nach dem Motto handeln Sie. Sie stellen Anträge und Anträge, sagen aber nicht, wer es letztendlich bezahlen muss. Das ist mit unserer Regierung nicht zu machen, und deshalb werden wir diesem Haushaltsplan mit Freude zustimmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Als Nächstes spricht Frau Kollegin Dr. Dreckmann, die ich bei der Gelegenheit noch einmal persönlich herzlich begrüße. Wir haben ja schon im Kulturausschuss zusammengearbeitet.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der 2008 veröffentlichte Enquetebericht „Chancen für Kinder“ mahnt es als eine zentrale Aufgabe der Politik an, Strukturen zu schaffen, die jedem Kind in Nordrhein-Westfalen eine erfolgreiche Bildungsbiografie ermöglichen.

Eine besondere Bedeutung fällt dabei dem Bereich der frühkindlichen Bildung zu. Wissenschaftler sind sich hierüber seit Langem einig, und auch unter Politikern hat sich diese Erkenntnis mittlerweile weitgehend durchgesetzt. Entsprechend hat sich das Thema „Frühkindliche Bildung“ seit 2005 als ein Schwerpunktthema dieser Regierung herauskristallisiert.

(Britta Altenkamp [SPD]: Frau Dr. Dreckmann, nicht schon heute! Nicht sofort!)

In kaum einem anderen Politikfeld wurden die Weichen mit derart viel Nachdruck neu gestellt wie bei der Kinderbetreuung. Insbesondere das zum 1. August 2008 in Kraft getretene Kinderbildungsgesetz – kurz: KiBiz – hat sich dabei als richtungweisend herausgestellt.

Kinderbetreuung auf hohem Niveau hat aber ihren Preis, und aus diesem Grund stellt der Haushaltsentwurf 2010 wieder mehr Mittel als jedes andere deutsche Bundesland für die Betreuung seiner Kleinsten zur Verfügung; insgesamt sind es über 1,2 Milliarden €.

Mit dem KiBiz haben wir das Betreuungsangebot für unter Dreijährige in kürzester Zeit deutlich verbessert. Gestartet sind wir 2005 bei 11.800 Betreuungsplätzen, die uns Rot-Grün hinterlassen hat. Die Erhebung des Statistischen Bundesamtes hat gezeigt, dass es bereits Anfang dieses Jahres rund fünf Mal so viele Betreuungsplätze gegeben hat.

Wie das statistische Landesamt im November mitgeteilt hat,

(Britta Altenkamp [SPD]: Bundesamt!)

wurde im Vergleich zum Vorjahr fast ein Viertel mehr Kinder unter drei Jahren betreut. Binnen eines Jahres haben wir es geschafft, den Betreuungsanteil um 23,2 % zu steigern.

Wir müssen das Tempo des Ausbaus aber weiter beschleunigen, um unsere Ziele zu erreichen. Im kommenden Jahr werden sich viel mehr Kinder in Betreuungseinrichtungen befinden als noch unter Rot-Grün. Diese Entwicklung ist das Resultat einer ebenso familien- wie bildungsfreundlichen Politik in Nordrhein-Westfalen seit 2005. Die FDP möchte dieses Engagement weiter intensivieren.

Die Koalition hat die gesetzliche Verankerung einer „Platzgarantie ab zwei“ zum Kindergartenjahr 2010/2011 im Landtag verbindlich beschlossen. Damit wir unsere Zusage an die Eltern und den Auftrag des Landtags in einem geordneten Gesetzgebungsverfahren einhalten können, ermuntern wir Herrn Minister Laschet, nun bald einen Gesetzentwurf vorzulegen.

Hinsichtlich der Elternbeiträge für Kindergärten möchte ich klarstellen, dass es Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt gestattet ist, Kindergartenplätze kostenlos anzubieten. Vorreiter ist hier unsere Landeshauptstadt Düsseldorf. Dort wird seit dem 1. August 2009 allen drei bis sechsjährigen Kindern der Kindergartenbesuch kostenfrei ermöglicht.

Da diese Möglichkeit der Beitragsfreiheit im neuen Kinderbildungsgesetz nicht ausdrücklich vorgesehen ist, fordern wir für die Kommunen Rechtssicherheit. Die FDP möchte deshalb das KiBiz in § 23 so ergänzen, dass Auslegungsschwierigkeiten beseitigt werden.

(Demonstrativer Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Für Städte, die am Rande der Überschuldung stehen, kann das bedeuten, dass der Verzicht auf Elternbeiträge erst einmal nicht infrage kommt. Der Ausbau von Kinderbetreuung und ein Anspruch auf Betreuung müssen Priorität haben.

Für die FDP ist die kostenfreie Kinderbetreuung aber ein Ziel. Kurzfristig fordern wir, mindestens das letzte Jahr beitragsfrei zu gestalten.

Um möglichst allen Kindern einen bestmöglichen Start in die Schule zu ermöglichen, setzt die Landesregierung bereits in den Kindertageseinrichtungen auf eine frühzeitige Sprachförderung.

Wir wollen gleiche Chancen für alle Kinder. Aus diesem Grund haben wir mit dem Kinderbildungsgesetz auch die hohe Bedeutung der frühkindlichen Bildung hervorgehoben und die zusätzliche vorschulische Sprachförderung finanziell deutlich aufgestockt. Mit 29,9 Millionen € stellen wir vier Mal so viel Geld für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung wie noch Rot-Grün im Jahr 2005. So wird gewährleistet, dass tatsächlich alle Kinder bereits vor Schulbeginn eine ihren individuellen Fähigkeiten und Begabungen angemessene Förderung erhalten und mögliche Defizite frühzeitig behoben werden. In unseren Augen ist dies ein wichtiger

Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder in Nordrhein-Westfalen.

Nun zu den Familienzentren. Das gilt auch für die Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, die von der Landesregierung seit ihrem Regierungsantritt konsequent vorangetrieben wird. Gut 1.750 Familienzentren wurden seither ins Leben gerufen. Bis zum Jahr 2012 werden es 3.000 sein.

Damit die Familienzentren ihren wichtigen Auftrag weiterhin gut erfüllen können und der Ausbau schnell vorangetrieben wird, haben wir die Mittel für die Familienbetreuung für das Jahr 2010 in unserem Änderungsantrag um 4,5 Millionen € – und das sind keine Luftbuchungen – auf insgesamt 24.141.400 € erhöht. Damit profitieren immer mehr Eltern und Kinder von der Möglichkeit, das Angebot sowohl der Kinderbetreuung als auch der Bildungs- und Beratungsangebote aus einer Hand unter einem Dach wahrnehmen zu können.

Dies kommt den Eltern zugute, deren Erziehungskompetenz gestärkt wird, da ihnen bei Fragen der Erziehung jederzeit ein erfahrenes Betreuerteam mit Rat und Tat zur Seite steht, und es kommt vor allem denjenigen Kindern zugute, deren Eltern, die mit ihrem Bildungsauftrag alleingelassen werden, rasch an ihre Grenzen stoßen.

Einen weiteren wichtigen Bereich, den ich hier noch ansprechen möchte, sind die Mittel des Kinder- und Jugendförderplans. Im Haushaltjahr 2010 werden wie im Vorjahr 80.225.000 € bereitgestellt. Für die nicht verausgabten Gelder haben wir genau wie in diesem Haushaltsjahr die Garantie, dass sie ins nächste Jahr übertragen werden.

Wir möchten junge Menschen auch außerhalb von Familie und Schule angemessen fördern. Die Organisationen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Fachorganisationen der Kinder- und Jugendarbeit leisten wertvolle Arbeit.

Die Jugendverbandsarbeit, die offene Jugendarbeit und die kulturelle Jugendarbeit sind wichtige Bezugspunkte für junge Menschen. Es sind Treffpunkte und zugleich Orte der Bildung, der Unterstützung und der Hilfe für Kinder und Jugendliche. Die über den Kinder- und Jugendförderplan geförderten Maßnahmen, Träger und Angebote zeigen sehr deutlich, dass gerade die Jugendarbeit wesentliche Beiträge zur sozialen und kulturellen Kompetenz und auch zur Persönlichkeitsentwicklung leistet, und zwar deutlich über das Lernen in der Schule hinaus.

Meine Damen und Herren, leider müssen wir in diesem Jahr feststellen, dass die Zahl der misshandelten und getöteten Kinder um ca. 10 % angestiegen ist. Es gibt immer mehr Eltern, die mit der Erziehung der Kinder völlig überfordert sind.

Aus diesem Grund haben wir in unserem Änderungsantrag festgelegt, dass 75.000 € für die Förderung der Kompetenzstelle „Kinderschutz“ reserviert sein sollen. Diese Kompetenzstelle soll zukünftig zentrale Ressourcen für den Schutz von Kindern vor Schädigung und Gefährdung recherchieren, bündeln, gegebenenfalls weiterentwickeln und landesweit für Kinder, Jugend und Familie nutzbar machen.

Sie sehen, meine Damen und Herren, die Gelder für den Politikbereich Generationen, Familie, Kinder und Jugend sind in diesem Haushalt gut angelegt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Dreckmann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht als nächste Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir können natürlich die Debatte zu diesem Haushalt nicht losgelöst vom bundespolitischen Kontext diskutieren. Auf Bundesebene findet unter dem irreführenden Namen „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ eine Beglückungsmaßnahme für die Reichen, für die Wohlhabenden hier im Land statt, und die Haushalte der Bundesländer und der Kommunen werden geknebelt und ruiniert.

Meine Damen und Herren, das ist reine Klientelpolitik, und der Ministerpräsident dieses Landes, Herr Rüttgers, unterstützt das Ganze noch, weil er das Wohl seiner eigenen Partei, der CDU, und der schwarz-gelben Koalition über das Wohl des Landes Nordrhein-Westfalen stellt. Er ist damit sogar in der Riege der CDU-Ministerpräsidenten weitgehend isoliert. Wir hören aus anderen CDU-regierten Bundesländern eine sehr deutliche Kritik.

Aber von unserem Ministerpräsidenten auch kein Wort der Kritik Richtung Berlin an der rückwärtsgewandten Familienpolitik der Bundesregierung. Mehr Geld für reiche Kinder, mehr Geld für reiche Familien – das ist das, was diese Chaosregierung, dieses Chaokabinett in Berlin macht. Denn den größten Nutzen von der Erhöhung des Kinderfreibetrages und von der Erhöhung des Kindergeldes haben die Reichen in diesem Land, das haben die hohen Einkommensbezieher. Das hat der Bund der Steuerzahler festgestellt, und er hat es auch im Einzelnen pro Cent vorgerechnet.

Ich frage Sie: Wie passt das denn zusammen? Je reicher eine Familie ist, desto mehr Geld hat sie vom Staat pro Kind auf ihrem Konto. Im Bundeshaushalt stehen 8 Milliarden € für reiche Familien. 8 Milliarden € kostet die Erhöhung des Kinderfreibetrages, aber es ist kein Cent dafür da, die bedrückende Kinderarmut zu lindern.

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

Da, wo das Geld am dringendsten fehlt, wo die Suppenküchen inzwischen dafür sorgen müssen, dass Kinder überhaupt noch satt werden, für diese Menschen hat Schwarz-Gelb rein gar nichts übrig. Und das alles erfährt auch noch den Zuspruch und den Beifall der hiesigen Landesregierung. Herr Laschet hat es gerade eben wieder bestätigt.

Meine Damen und Herren, das fördert die soziale Spaltung, das ist Versagen auf der ganzen Linie. Das bedeutet, dass Schwarz-Gelb für eines der größten Probleme, das es in unserer reichen Gesellschaft gibt – das ist die bedrückende Kinderarmut –, keine Lösung hat. Im Gegenteil: Mit Ihren Maßnahmen wird Kinderarmut verschärft.

(Beifall von Britta Altenkamp [SPD])

Dann ist da noch der vollkommene familienpolitische Irrsinn: Das ist das Betreuungsgeld. Da werden weitere 2 Milliarden € rausgepulvert, um Kindern – das muss man ganz klar feststellen – die Förderung in der Kita vorzuenthalten.

Meine Damen und Herren, das ist Familienpolitik von vorgestern. Das ist letztendlich bei beiden Maßnahmen Geld, das uns bei dem Ausbau der Betreuungsplätze und bei der Steigerung der Qualität in den Kitas bitter fehlt.

Kein Wort der Kritik, obwohl Rüttgers das eingesehen hat. Er hat 2007, als das Betreuungsgeld verabredet wurde, beim Krippengipfel gesagt – ich zitiere ihn aus dem „Spiegel“ –:

Das Betreuungsgeld hilft nicht weiter.

Und weiter der Ministerpräsident dieses Landes:

Ich kann jede Mutter verstehen, die in den ersten Jahren bei ihrem Kind bleiben will. Dafür muss es keinen staatlichen Zuschuss geben.

Das hat er gesagt, meine Damen und Herren. Aber am konkreten Punkt klaffen Worte und Taten weit auseinander. Wir kennen es von dieser Landesregierung allerdings schon, dass Fensterreden und politisches Handeln auseinanderfallen.

Wollen wir mal schauen, was Sie sich in den Jahren Ihrer Regierungszeit vorgenommen haben:

Sie sind 2005 mit dem Anspruch angetreten, Nordrhein-Westfalen zum kinderfreundlichsten Land Deutschlands zu machen.

2006 haben Sie das „Jahr des Kindes“ mit großen schönen Public-Relations-Aktionen ausgerufen, und dann haben Sie vier Dinge getan:

Erste Maßnahme. Herr Laschet, Familienminister, hat 25.000 Betreuungsplätze in den Kitas gestrichen, die schon mit den Kita-Trägern für Kinder unter drei Jahren vereinbart waren.

Zweite Maßnahme. Sie haben die landeseinheitliche Elternbeitragstabelle abgeschafft mit dem Er-

gebnis, dass heute Eltern in besonders reichen Städten wie Düsseldorf keine Elternbeiträge mehr bezahlen müssen, während Eltern in armen Städten wie in Bochum, Gelsenkirchen und Duisburg die höchsten Elternbeiträge landesweit haben. Meine Damen und Herren, auch das ist soziale Spaltung, da haben Sie sozialpolitisch und bildungspolitisch versagt.

Dritte Maßnahme. Sie haben sämtliche Wahlversprechen gebrochen. Sie haben noch im Wahlkampf sehr lautstark, gegen die damalige rot-grüne Landesregierung gerichtet, versprochen, Sie wollten die Horte erhalten. Dieses Versprechen ist gebrochen.

(Minister Armin Laschet: Die gibt es doch noch!)

Sie haben versprochen, die Kinder- und Jugendförderung auf 96 Millionen € anzuheben. Auch da: Klares Wahlversprechen gebrochen.

(Zuruf von Minister Armin Laschet)

Als Quittung gab es dann die größte Volksinitiative, die Nordrhein-Westfalen je gesehen hat. Eine halbe Million Menschen haben mit ihren Unterschriften gegen diese Politik der schwarz-gelben Landesregierung protestiert.

(Minister Armin Laschet: Eine halbe Million?)

Die vierte Maßnahme war die Krönung des Ganzen, nämlich die Kürzung im Landeshaushalt im Jahr 2006 im Kinder- und Jugendbereich und bei den Familien in einem Gesamtvolumen von 180 Millionen €. Als ob das nicht schon schlimm genug gewesen wäre, haben Sie 2006 eine fachfremde Unternehmensberatung, die Firma Kienbaum, beauftragt, ein neues Finanzierungssystem für die Kindertagesstätten unter rein fiskalischen und wirtschaftlichen Aspekten für die Kindergärten zu erarbeiten.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das hat er dann ja schnell weggepackt!)

Sie haben die Kindergartenträger mit dem Kinderbildungsgesetz zu einem Kompromiss gezwungen, den diese nur eingegangen sind, um letztlich größeren Schaden von den Kindern abzuwenden.

So ist es nicht verwunderlich, dass Sie die Quittung erhalten. Von der Evangelischen Kirche kommt die Rückmeldung, dass sie dieses verfehlte Kindergartengesetz ganz klar mit Sechs bewertet. Sie sagt: Dieses KiBiz bringt uns im Elementarbereich nicht weiter, sondern wirft uns zurück. – Das ist das Fazit dieses verfehlten Gesetzes.

Es gab die größte Demonstration gegen dieses Gesetz, die größte Volksinitiative gegen die Kinder- und Jugendpolitik und vor wenigen Wochen die größte amtliche Ohrfeige vom Statistischen Bundesamt. Dort wurde entlarvt, was hier immer so vollmundig in schönen Farben gemalt wurde. Noch vor anderthalb Jahren hat der Minister gesagt: Wir

stehen bundesweit an der Spitze beim Ausbau der U3-Plätze. – Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes können Sie nicht wegdiskutieren, Herr Laschet, auch wenn Sie das immer mit allen möglichen schönen Tricks versuchen.

(Minister Armin Laschet: Das tue ich doch gar nicht!)

Sie haben das neulich noch einmal lächerlicher Weise mit absoluten Zahlen gemacht. Sie können nicht wegdiskutieren: Nordrhein-Westfalen ist das Schlusslicht

(Minister Armin Laschet: Das ist wahr!)

beim Ausbau der U3-Plätze.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihre Abschlussbilanz. Die können Sie nicht schönreden.

(Minister Armin Laschet: Tue ich nicht! – Zuruf von Minister Andreas Krautscheid)

Mit dem vorliegenden Haushaltsplan schreiben Sie die Negativbilanz bis ins nächste Jahr fort. Sie arbeiten nach wie vor mit allen Tricks und Täuschungen, indem Sie zum Beispiel bei der Kindergartenfinanzierung die Bundesmittel als Landesmittel verkaufen. Das ist ein klarer Betrug an den Kommunen

(Zuruf von der CDU)

und damit letztlich auch an den Kindern und Familien, denen Sie das Geld vorenthalten. Eine weitere Täuschung liegt in der aus dem Landeshaushalt bezahlten Trägerentlastung der Kirchen, die Sie als mehr Geld für Kinder ausgeben.

Der Gipfel der Täuschungsmaßnahmen aber liegt in den Haushaltsanträgen der Regierungsfractionen. Das ist ganz großes Kino. Dort wollen Sie die angebliche Erhöhung für die Familienberatung durch Einsparungen bei Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern, also kurz gesagt: bei KiBiz, finanzieren. Frau Kastner, ist Ihnen eigentlich nicht aufgefallen, dass Sie jährlich in einem Nachtragshaushalt 50 Millionen € für genau diesen Bereich nachfinanzieren müssen, weil die Ansätze zu knapp bemessen sind?

Wenn die CDU-Fraktion im Berichterstattergespräch vertreten gewesen wäre, hätten Sie wahrgenommen, dass aus der Abrechnung des letzten Kindergartenjahres eben keine Rückflüsse kommen, um Ihren Antrag zu decken.

(Britta Altenkamp [SPD]: Maximal 1 Million €!)

1 Million € – das ist alles, was da drinsteht. Diese Zahl haben Sie wohl noch nicht wahrgenommen. Sonst hätten Sie diesen Antrag nicht gestellt. Das ist ein glatter ungedeckter Scheck. Rechnen Sie oder der Minister mir doch einmal vor – darauf bin ich sehr gespannt –, wie Sie mit 1 Million € Ihre

Erhöhung von 4 Millionen € finanzieren wollen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

(Minister Armin Laschet: Das wird gelingen!)

Das ist unseriöse Politik. Das wird Ihnen nichts nützen.

Meine Damen und Herren, fest steht: Diese Landesregierung lässt Familien, Kinder und Eltern im Stich. Mit diesem Haushalt haben Sie das ein weiteres Mal bewiesen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für einen Minister ist es immer erfreulich, wenn er Zuwächse in seinem Etat aufweisen kann. Das ist in einer Zeit rückläufiger Steuereinnahmen und den großen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung, die die Landesregierung unternimmt, besonders erfreulich.

Manch anderer Kollege muss schmerzhaft Einschnitte in seinem Etat vornehmen. Aber durch die Prioritätensetzung für frühkindliche Bildung, für Bildung für Kinder und für junge Leute hat unser Etat das Glück, dass er in jedem Jahr steigt und steigt und steigt und steigt, Frau Asch, und immer weiter steigt.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von Andrea Asch [GRÜNE])

Es ist schon verständlich, dass eine Opposition bei diesem Haushaltspunkt große Akrobatik betreiben muss.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das war ganz leicht! Das war wie Rebagymnastik! – Lachen von Andrea Asch [GRÜNE])

Bei manch anderen Punkten ist das vielleicht ganz schwierig. Man muss auf Statistiken zurückgreifen, Frau Kollegin Altenkamp, und hin- und herrechnen und dies und das erklären,

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

nur um davon abzulenken, dass es mehr Geld für Kinder, Jugendliche und frühkindliche Bildung gibt.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist nämlich das Thema einer Haushaltsdebatte. Dort diskutiert man darüber, wie das Geld verteilt und ausgegeben wird, das hereinkommt. Wenn man sich den Haushalt anschaut, stellt man fest: Das ist der Gewinnerhaushalt. Dann muss eine Opposition nörgeln, und Frau Asch muss sieben Minuten lang über Berlin, das Betreuungsgeld und

dies und das reden, um von dieser gigantischen Steigerung abzulenken, die es für Kinder, Jugendliche und frühkindliche Bildung gibt.

Das kann man an ein paar Punkten festmachen. Fangen wir bei der frühkindlichen Bildung an: Mehr Bildung im Kindergarten durch den massiven Ausbau der Plätze für unter Dreijährige ist auch im Jahr 2010 ein Faktum, das Eltern erleben werden. Im Jahr 2005 – für diejenigen, die es vielleicht noch wissen und sich schwach an rot-grüne Regierungszeiten erinnern – hatten 11.000 Eltern eben keinen Kinderbetreuungsplatz. Sie sind wochenlang zu den Jugendämtern und zu den Kitas gelaufen, um einen Platz zu finden. Im nächsten Jahr werden 100.000 Eltern diesen Platz bekommen.

Wir haben darüber hinaus die meisten Ganztagsplätze. Jetzt habe ich meine schönen Zahlen aus Rheinland-Pfalz an meinem Platz liegen lassen.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Frau Asch hat uns vorgerechnet, dass in Rheinland-Pfalz 2.900 € pro Kind ausgegeben würden. Wir haben genau diese Positionen neben das gestellt, was wir in Nordrhein-Westfalen machen. Am Ende kommen Sie es verwirrt die Leute bloß immer, mit solchen Zahlen zu agieren –

(Lachen von Andrea Asch [GRÜNE])

auf eine Summe von 2.100 € pro Kind. Aber klar ist dabei: Die Plätze für unter Dreijährige finanziert das Land Rheinland-Pfalz nur mit 27 %. Jede Kommune in Rheinland-Pfalz – Koblenz, Mainz, Trier – würde sich danach sehnen, eine

(Britta Altenkamp [SPD]: Dort ist das Wachstum noch höher!)

Kommune in Nordrhein-Westfalen zu sein, denn dann ...

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber Sie werden verklagt und nicht die Minister in Rheinland-Pfalz!)

– Liebe Frau Altenkamp, all die Kommunalpolitiker in Rheinland-Pfalz – in Trier, in Koblenz, in Mainz und wo auch immer – würden sich ersehen, im Land Nordrhein-Westfalen zu sein.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das brauchen die gar nicht, weil sie genug Anreize bekommen!)

Dann würden sie nämlich 35 % Zuschuss bekommen. Dann hätten sie mehr Geld, als sie nach Ihrer Rechnung haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Da irren Sie gewaltig!)

– Doch, so ist es. Das können Sie nachschauen.

Zu den Familienzentren – das ist in der Tat auch ein Erfolgskonzept – ist von beiden Oppositionsrednern ja glücklicherweise kein kritisches Wort gesagt worden.

(Zuruf von Norbert Killewald [SPD])

– Herr Killewald, ich habe Sie nicht verstanden. – Das ist auch ein Erfolgskonzept. Immer mehr SPD-geführte Länder klopfen bei uns an die Tür und fragen: Könnt ihr uns beraten? Wir wollen so etwas einrichten wie Eure Familienzentren. – Das macht das Land Brandenburg ebenso wie Sachsen-Anhalt, das schwarz-grüne Hamburg und auch Hessen. Überall in Deutschland erkennt man, dass diese Familienzentren richtig sind.

(Beifall von der CDU)

Wir haben inzwischen 1.750 Familienzentren im Land. Wenn man die Zahl umrechnet auf die einzelne Kita – inzwischen haben wir das Verbundsystem ja auch weiterentwickelt – und berücksichtigt, dass sich mehrere Kindertagesstätten zusammenschließen, arbeiten inzwischen 3.000 Kindertagesstätten in Familienzentren. Das ist eine Erfolgsstory, die sich im Jahre 2010 angesichts des Haushaltsplanes fortsetzen wird; denn auch dort wird es mehr Geld geben.

Ich bin den Koalitionsfraktionen sehr dankbar für die Erhöhung der Mittel für die Familienbildung um 4,5 Millionen €. Ich kann Ihnen versichern, liebe Frau Altenkamp, liebe Frau Asch: Diese Mittel werden da sein, und wir werden noch in der ersten Jahreshälfte exakt merken, dass jede Familienbildungsstätte ihren Anteil aus diesen 4,5 Millionen € auch in ihre Planungen einbeziehen kann.

(Beifall von der CDU)

Damit wird genau das Ziel erreicht, dass das Angebot niederschwelliger wird.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Frau Asch, warum wissen Sie es denn nicht? Warum haben Sie es denn immer noch nicht verstanden? Die Kindpauschalen sind gesetzliche Leistungen und werden deshalb auch dauernd erhöht. Sie tun ja immer so, als sei es etwas Schlechtes – das haben Sie eben zu Frau Kastner gesagt –, wenn die Beträge erhöht werden. Wenn der Bedarf vor Ort größer ist, ist trotzdem, weil wir den Anspruch gesetzlich verankert haben, für jedes Kind am Ende mehr Geld da, und wenn morgen noch mehr Kinder angemeldet werden, legt der Finanzminister wieder Geld drauf, weil es eine gesetzliche Leistung ist. Der große Vorteil des Kinderbildungsgesetzes ist, dass es eben nicht im Gusto des Haushaltsgesetzgebers und der Regierung steht, Gelder dort hin und her zu schieben, sondern dass die einzelnen Kinder einen Rechtsanspruch auf ihre optimale Förderung haben. Wir müssen es heute nicht klären, aber ich kann Sie beruhigen: Die 4,5 Millionen € werden da sein.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Asch?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Lieber Herr Laschet, Sie haben eben sehr deutlich gesagt, dass dieses Geld, das jetzt für KiBiz veranschlagt ist, ebenso wie in den Vorjahren nicht ausreichen wird, dass Sie das aber nicht weiter interessiert und Sie die 4,5 Millionen €, die Sie jetzt veranschlagt haben, dennoch finanzieren wollen. Das hat mit Haushaltsklarheit und -wahrheit nicht viel zu tun, weil Sie letztendlich jetzt schon wissen, dass Ihr Deckungsvorschlag für die 4,5 Millionen € kein Deckungsvorschlag ist. Die Erfahrung hat gezeigt, dass Sie immer in einem Nachtrag einen höheren Betrag für Kindpauschalen finanzieren müssen.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Nein, das ist eine falsche Interpretation. Bisher, vor allem in den ersten Jahren des Kinderbildungsgesetzes, haben wir im Nachtrag auf den erhöhten Bedarf vor Ort reagiert. In diesem Jahr, im Jahr 2009, haben wir zum ersten Mal die Situation, dass mehr Geld bereitsteht, als die Kommunen überhaupt U3-Plätze geschaffen haben. Heute könnten mehr U3-Plätze da sein, wenn die Kommunen sie einfach einrichten würden, und deshalb werden wir die Entwicklung im nächsten Jahr abwarten. Ich glaube, in einem Etat von 1,2 Milliarden € allein für KiBiz ist genügend Spielraum für dieses Geld, das wir für die Familienbildung brauchen. Seien Sie sicher, dass wir das auch im Haushaltsausschuss im Sinne von Haushaltsklarheit und -wahrheit belegen werden.

Nun hatten wir in den letzten Tagen das freundliche Kommunikationsspiel mit Frau Altenkamp, in dem es um die U3-Zahlen ging. Würde ich jetzt auf all das, was Sie hier lange vorgetragen haben, im Detail eingehen, Frau Altenkamp,

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, Herr Minister, nur keine Details!)

dann würden wir die Zuhörer noch mehr verwirren, als sie es bei Ihrem Beitrag schon waren. Ich sah, wie Ihre Kollegen ganz erstaunt da saßen und mit Taschenrechnern alles hin und her gerechnet haben.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ein Vergleich mit China wäre noch interessant!)

Wir sollten uns auf zwei simple Wahrheiten verständigen.

Erstens misst der Bund die Plätze für die unter Dreijährigen in ganz Deutschland nach der gleichen Systematik.

(Britta Altenkamp [SPD]: Vergessen wir es!)

Wenn Frau Asch gesagt hat, ich würde die Bundesstatistik kritisieren, ist das falsch. Die Bundesstatistik ist für mich der einzige Maßstab, der gilt.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ach!)

In der Bundesstatistik wird die Zahl der Kinder am Tag X, am 1. März, erfasst.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist ja schon ein Fortschritt!)

– Das ist kein Fortschritt. Auf diese Statistik habe ich mich schon immer bezogen, weil es für uns eine sehr gute Statistik ist. Nach dieser Statistik haben wir heute 53.000 Plätze gegenüber 11.000 Plätzen zu Ihrer Zeit.

(Beifall von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Es geht um 2009!)

Also werde ich diese Statistik des Bundes bei mir an die Wand hängen und jeden Tag sagen: So gut bist du. Die anderen hatten nur 11.000 Plätze, du hast 53.000.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Jetzt ist die Frage: Welche Zahlendifferenzen haben sich in der Zwischenzeit ergeben? – Stichtag für diese Statistik ist der 1. März, am 1. August beginnt ein neues Kindergartenjahr. Wenn ich jetzt von einer höheren Zahl ausgehe, können Sie mir schlecht entgegnen, der Bund habe für den 1. März aber eine andere Zahl.

(Britta Altenkamp [SPD]: Aber am 1. August 2008 hatten wir auch ein neues Kindergartenjahr!)

– Liebe Frau Altenkamp, wenn wir jetzt über den Istzustand reden, können Sie nicht vor die Landespressekonferenz treten – wie ich gehört habe, haben Sie die Journalisten mit Ihrer Zahlenakrobatik ja ziemlich verwirrt –

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, fand ich nicht!)

und dort behaupten, es seien nur 52.000 Plätze, aber der Minister nenne immer eine höhere Zahl.

(Britta Altenkamp [SPD]: Der Minister nennt immer andere Zahlen!)

Das liegt daran, dass im August ein neues Kindergartenjahr beginnt. Jetzt haben wir Dezember. Also sind die Zahlen heute automatisch höher als am 1. März, dem Stichtag für die Statistik des Bundes. Das ist übrigens in jedem deutschen Bundesland so.

Dann haben Sie gesagt, ich hätte in einer Bemerkung darauf hingewiesen, wir seien Schlusslicht, das sei schrecklich, davon müssten wir wegkommen.

(Zuruf von der SPD)

Schlusslicht waren wir auch schon – daran möchte ich einmal erinnern –, als wir anfangen, und eine Aufholjagd ist natürlich viel schwieriger. Ich will auch auf das, was Frau Asch und Frau Altenkamp gestern gesagt haben, noch einmal eingehen. Es wurde gesagt, es sei ja logisch, dass wir als größtes Bundesland die meisten Plätze haben

(Britta Altenkamp [SPD]: In absoluten Zahlen! Ja, klar!)

– in absoluten Zahlen –, weil wir auch die meisten Kinder haben. – Ja, das ist in der Tat logisch. Realität ist aber, dass es bei der Übernahme durch mich nicht logisch war. Ich nenne Ihnen einmal die absoluten Zahlen aus dem Jahr 2007 in ganz Deutschland: Bayern 35.000 Plätze mit weniger Kindern, Berlin 34.000, Sachsen 34.000, Baden-Württemberg 33.000. Nordrhein-Westfalen belegte den fünften Rang mit 31.000 Plätzen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wer hat denn 2007 regiert?)

Auch 2007, liebe Frau Asch ...

(Andrea Asch [GRÜNE]: Jetzt ist es aber gut!)

– Frau Altenkamp, Entschuldigung! Ich wollte Sie nicht irgendwie negativ berühren.

(Zuruf von der SPD: Sagen Sie doch „Frau A.“!)

– Frau A.,

(Britta Altenkamp [SPD]: A., SPD!)

Frau Altenkamp, auch 2007 hatten wir schon die meisten Kinder und waren auch schon das größte Bundesland.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und da regierten Sie auch schon, leider!)

Dass wir heute plötzlich auf Platz 1 stehen und mehr Plätze als Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Berlin haben, zeigt doch, wie groß bei uns der Aufholprozess ist. Er ist doch viel größer als in einem kleinen Land wie Rheinland-Pfalz. Sie müssen doch bei uns mit 18 Millionen Menschen entsprechend der Kinderzahl Plätze bereitstellen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist Ihnen ja gegönnt! Das habe ich alles umgerechnet!)

Insofern bin ich mit dem letzten Platz nicht zufrieden, einverstanden. Aber ich sage trotzdem: 2007 waren wir bei den realen Plätzen noch Fünfter, heute sind wir Erster. Dies wird sich von Jahr zu Jahr

steigern, weil wir in diesem Haushalt ja die Plätze bereitstellen.

(Zuruf von der SPD: Sie sind schon ein Rechenkünstler!)

– Entschuldigen Sie mal, vielleicht muss man es für Sozialdemokraten fünfmal erklären. Der Rest des Hauses hat das verstanden.

(Anhaltend Zurufe von der SPD)

Sozialdemokraten sagen, es sei logisch, dass wir die meisten Plätze haben. Dann haben Sie aber immer gegen die Logik regiert; denn bei Ihnen war dies nicht möglich, obwohl Nordrhein-Westfalen auch damals schon das größte Bundesland war. Heute sind wir also unter dieser Landesregierung auf dem Level der Logik angekommen. Dieses Level der Logik wird sich fortsetzen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das braucht Logik! Aber Sie sind ja auch Frauenminister!)

Im nächsten Jahr wird es für die frühkindliche Bildung deutlich mehr Geld geben. Ich glaube, dass die Eltern genau dies vor Ort merken. Die Akrobatik, die Sie hier vorführen, berührt Eltern nicht.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich habe mich schon lange nicht mehr so amüsiert!)

Sie wollen gute frühkindliche Bildung, gute Sprachförderung und U3-Plätze haben. Sie werden all dies von dieser Regierung bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Wir kommen zum nächsten Etablierungsbereich des Einzelplans 15. – Sie wollten sich noch einmal zu Wort melden, Frau Asch? Für 44 Sekunden?

(Andrea Asch [GRÜNE]: Ja!)

– Das ist genehmigt. Bitte schön, Frau Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben an unserer Erheiterung gemerkt, wie unlauter Ihr Zahlenspiel ist. Weil Sie mit Ihrer Argumentation nicht mehr weiterkommen, fangen Sie jetzt an, mit absoluten Zahlen zu rechnen. Jedes Schulkind weiß, dass sie keine relevante Größe sind. Würden wir uns mit China vergleichen, dann könnte ich Ihnen voraussagen, dass China mehr U3-Plätze als Nordrhein-Westfalen hat, weil es dort mehr Kinder gibt. Ihre Argumentation ist also lächerlich.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sie müssen Folgendes zur Kenntnis nehmen: Wir sind 2007 vor dem Krippenkompromiss vom gleichen Ausbaustatus wie die anderen Flächenländer gestartet, wie Bayern, Hessen und Niedersachsen. Tatsache ist aber, dass diese Bundesländer den

Schwung durch den Krippenkompromiss mitgenommen und ihre Kommunen unterstützt haben und nicht wie Sie durch eine Gesetzeslage, die die U3-Plätze deckelt, den Schwung verloren haben, wodurch Sie jetzt auf den letzten Platz gelandet sind. Das ist die Realität. Sie können sie nicht wegreden und auch nicht mit solchen albernen Zahlenspielen, wie Sie sie hier vorgelegt haben, wegdiskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Wir haben keine weiteren Wortmeldungen mehr zu diesem Teil des Einzelplans 15.

Wir kommen nun zum

Teilbereich Frauen

Für die SPD-Fraktion ist Frau Kollegin Meurer gemeldet.

Ursula Meurer (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum zweiten Mal innerhalb von vier Jahren wurden die Landeszuschüsse für Ehe-/Lebensberatungsstellen des Landes Nordrhein-Westfalen, aus denen auch die Mädchenberatungsstellen gefördert werden, gekürzt, diesmal wegen der Umstellung der Landesförderung auf TVöD.

So lautet ein Zitat. Weiter geht in diesem Zitat:

Insgesamt ist der Landesanteil damit innerhalb von vier Jahren um 10.085 € gesunken.

So beginnt ein Schreiben des Mädchenzentrums Gelsenkirchen vom November dieses Jahres. Damit noch einmal deutlich wird, um welche „Unsummen“ es sich handelt: Von 2008 auf 2009 sinkt der Landesanteil von 40.080 € auf 37.440 €.

Genau so, wie es dem Mädchenzentrum ergeht, ergeht es auch den anderen Frauenberatungsstellen in unserem Land. Wenn Sie nicht aktiv mit Sägezähnen am Bogen das Streichkonzert innerhalb der Titelgruppen betrieben haben, so haben Sie zu verantworten, dass in diesem sensiblen Bereich von Beratung nicht nur die Arbeitsplätze des Personals unsicherer und prekärer geworden sind, sondern Sie haben durch Ihre Politik auch dafür gesorgt, dass die Erstattung der Kosten für Heizung, Miete, Gas, Wasser und Strom, die ständig steigen, auf dem Stand von vor 2005 bleibt. Deshalb haben wir einen Antrag zur Erhöhung des Haushaltsansatzes von 150.000 € gestellt. Wir schlagen zur Deckung vor, die Druckpublikationen, die Ihr Haus so wunderbar herausgibt, zu verringern; denn durch die

Internetangebote wird weiterhin für ausreichende Öffentlichkeitsarbeit gesorgt.

Die Frauenhäuser mussten in den vergangenen Jahren des angeblichen Sparens – zur Erinnerung: Rüttgers und Co. haben in fünf Jahren 30 Milliarden € mehr ausgegeben – die Streichung der vierten Stelle hinnehmen.

Sie tragen die Verantwortung dafür, dass im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen mehr als 5.000 Frauen und ihre Kinder, die vor häuslicher Gewalt flohen, abgewiesen werden mussten.

Sie sind verantwortlich dafür, dass es in erster Linie zu Kürzungen im Bereich der Angebote für Kinder kommt, die ohnehin die größten psychischen und zum Teil auch physischen Belastungen zu erdulden haben.

Sie sind verantwortlich, dass wegen der dünnen Personaldecke insbesondere in den Nachtstunden kein Betreuungspersonal in den Frauenhäusern anwesend ist.

Mit unserem Änderungsantrag zum Haushalt im Kapitel „Aufgabengebiet Gleichstellung von Frau und Mann“, Titelgruppe „Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen“ fordern wir Sie auf, 2.360.600 € mehr bereitzustellen. Die notwendige Deckung haben wir bei den Unterhaltsleistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz bereitgestellt, die seit Jahren sinken.

Durch das Urteil von Münster zur Finanzierungsbeteiligung der katholischen Schwangerschaftsberatungsstellen hatte der Landesgesetzgeber das Gesetz neu geordnet. Nicht mehr Geld, sondern aus wenig mehr machen, war Ihre Devise, und dies ohne Rücksicht auf Verluste. Sie tragen die Verantwortung, dass in den Konfliktberatungsstellen bald keine multiprofessionellen Teams mit festem Stammpersonal, bestehend aus Ärztinnen und Psychologinnen, die Qualität der Beratung sicherstellen.

Durch die Absenkung der Landesförderung auf BAT IVb können sie nicht mehr angemessen bezahlt werden. Die angestellten Ärztinnen und Psychologinnen sind, anders als Honorarkräfte, zu festen Zeiten in der Beratungsstelle und können, wann immer ein Konflikt auftritt, schnell und unbürokratisch helfen. Darüber hinaus erstellen diese medizinischen und psychologischen Fachkräfte Handlungsempfehlungen und Informationsmaterialien, die für das ganze Land Nordrhein-Westfalen unverzichtbar sind.

Wir empfehlen mit unserem Änderungsantrag: Gehen Sie ab von Ihrem Weg; denn Ihr Weg ist der Irrweg.

(Zustimmung von der SPD)

Helfen Sie den Frauen bei der wichtigen Entscheidung, für oder gegen ein Kind, indem Sie ihnen,

egal welchen Weg die Frauen nach der Konfliktberatung einschlagen werden, das Optimum an Unterstützung zu haben.

Die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 500.000 € ist gedeckt in der Titelgruppe 67 des Kapitels 15 055. Sie sehen, wir sind verantwortlich mit den Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen umgegangen und haben zu jedem unserer Anträge im Frauenhaushalt eine Deckung sichergestellt. Geben Sie sich einen Ruck, stimmen Sie unseren Änderungsvorschlägen zu!

Den Änderungsanträgen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur besseren finanziellen Ausstattung der Frauenhäuser und der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen geben wir selbstverständlich unsere Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Meurer. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion Frau Kollegin Westerhorstmann das Wort. Bitte schön.

Maria Westerhorstmann (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die unterschiedlichen Interessen und Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männern finden wir nahezu in jedem Politikfeld. Frauen wollen und müssen in unserer modernen Gesellschaft gleichberechtigt sein. Dies ist für uns eine Querschnittsaufgabe. Die CDU-geführte Landesregierung unterstützt dies auf vielfältige und wirksame Weise.

Wir müssen uns dennoch vor Augen führen, dass gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern aufgrund von historischer und kultureller Prägung nicht über Nacht geschieht, sondern ein Weg schrittweiser Erfolge ist. Daher ist es umso wichtiger, dass wir alle Fortschritte und Erfolge, auch die kleineren, anerkennen und jegliche Art der Ungleichbehandlung unaufhörlich und konsequent weiter bekämpfen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie können mir glauben: Auch in diesen schwierigen Haushaltszeiten wäre ich einem größeren Haushaltsvolumen für diesen bedeutenden Bereich der Frauen nicht abgeneigt. Vor dem Hintergrund, dass wir uns derzeit in finanzpolitisch schwierigen Zeiten befinden, bin ich dennoch sehr froh darüber, dass der Haushaltsansatz für den Bereich der Gleichstellung überrollt werden konnte.

Lassen Sie mich an dieser Stelle auf einige gut gefestigte Strukturen der Frauenpolitik sowie mir besonders am Herzen liegende Programme hinweisen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Allem vorweg möchte ich betonen – Frau Kastner hat dies bereits erwähnt –, dass wir im Rahmen unserer Familienpolitik wichtige Impulse für eine gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf gegeben haben. Hierzu zählt vor allem der kontinuierliche Ausbau der U3-Plätze, den wir auch im kommenden Jahr erheblich steigern werden. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren ein deutliches Signal gesetzt, dass die Ausübung des Berufs und das gleichzeitige organisierbare, befriedigende und glückliche Zusammenleben der Familie keine konträren Welten sein müssen.

Berufliche Chancengleichheit. Wir haben in der vergangenen Zeit Vieles gegen die noch häufig existierende Benachteiligung von Frauen im Berufsleben auf den Weg gebracht. Dieses Kernthema wird uns auch in den kommenden Jahren stark begleiten. Von zentraler Bedeutung werden sein – nicht zuletzt im Sinne der Bekämpfung von Lohnungleichheit – die Unterstützung bei der Berufsrückkehr, die Verbesserung bei der Beförderung von Frauen sowie die Stärkung der Karrierechancen von Frauen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Frauen, die immerhin 51 % unserer Bevölkerung ausmachen und zudem meist die besseren Bildungsabschlüsse haben, im Durchschnitt 23 % weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen. Auch der magere Anteil an Frauen in Chefetagen macht mehr als deutlich, dass es mit dem Blick auf berufliche Chancengleichheit noch weit her ist.

Mit Initiativen wie dem Netzwerk W fördern wir bereits zahlreiche Projekte zur Unterstützung von Berufsrückkehrerinnen. Daran werden wir auch in Zukunft festhalten und die Maßnahmen angemessen weiterentwickeln.

Mit besonderem Blick auf die geschlechtsspezifische Entgeltgleichheit setzen wir auf neue Lösungsansätze, die wir eng mit Akteuren der betrieblichen Praxis erproben. Konkret geht es dabei um neue Instrumente, die das Lohngefälle reduzieren sollen. Dass wir hierfür in Zeiten der Krise viele interessante Betriebe gewinnen konnten, freut uns ganz besonders.

Gewalt gegen Frauen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein ganz besonders emotionales Thema und somit ein unverzichtbarer Aufgabenbereich ist und bleibt die Gewalt gegen Frauen. Im vorliegenden Haushaltsentwurf sind Mittel in Höhe von 11,7 Millionen € vorgesehen. Wir haben ein bundesweit vorbildliches Frauenhilfenetzwerk in Nordrhein-Westfalen, auch wenn das von Ihnen in der Opposition immer wieder beklagt wird.

(Ursula Meurer [SPD]: Das beklagen wir nicht! Wir beklagen aber, dass Sie es zusammenstreichen!)

Wir werden es auf dem Niveau der Vorjahre weiterführen. Den Vergleich zu anderen Bundesländern brauchen wir nicht zu scheuen. Immerhin finanziert die NRW-Landesregierung ein Netz von Hilfeeinrichtungen.

(Helga Gießelmann [SPD]: Die Sie aber reduziert haben!)

Betroffene Frauen finden in 62 Frauenhäusern, 55 allgemeinen Frauenberatungsstellen, 47 Fraueninitiativen gegen sexualisierte Gewalt und acht Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel Hilfe. Wir haben zahlreiche Kampagnen zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen initiiert und unsere Politik gegen Zwangsheirat, gegen Genitalverstümmelung und Ehrenmorde gerichtet. Auch diese Politik werden wir fortsetzen.

Wir haben Frauen- und Integrationspolitik auf eine unverzichtbare Weise verzahnt und setzen uns dafür ein, dass Frauen mit Zuwanderungsgeschichte darin bestärkt werden, selbstbewusst den eigenen Weg zu gehen.

Meine Damen und Herren, Sie sehen: Mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf haben wir auch im kommenden Jahr eine gute Basis, um die Situation von Frauen weiter zu verbessern und dafür zu sorgen, dass Frauenbelange und Frauenfragen auch in Zukunft in unserer demokratischen Gesellschaft einen starken Anteil haben und Berücksichtigung finden.

(Beifall von CDU und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Westerhorstmann. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum eigentlichen Haushalt 2010 Stellung nehme, möchte ich mich zunächst einmal bei den Frauen im Land bedanken, die uns und der Landesregierung in den letzten Jahren immer wieder gezeigt haben, dass wir mit der neuen Ausrichtung unserer Frauenpolitik sehr nahe bei den Bedürfnissen der Frauen selbst sind, die uns jeden Tag vorleben, dass Frauenpolitik nicht darin bestehen kann, lediglich alte rot-grüne Zielrichtungen und Mosaik weiter zu protegieren.

Denn Frauenförderung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Landesregierung untermauert dies, indem sie diese als gemeinsame Aufgabe aller Ressorts versteht und konsequent in ihren Haushaltsansätzen umsetzt. So gehört Wirtschaft zu Wirtschaft. Andere Dinge wie Familienfreundlichkeit gehören in das entsprechende Ministerium hinein. Wir haben 2005 Strukturen insbesondere beim Thema Frauen und Beruf vorgefunden, die wir in-

zwischen durch einen gezielten Strukturenumbau in die Mottenkisten verbannt haben.

Wir wissen, dass Frauen heute mehr als früher bessere Schulabschlüsse haben, dass mehr Frauen als junge Männer das Abitur machen, dass sie bessere Studienabschlüsse haben und dass es dann an einer bestimmten Stelle im späteren Berufsleben, wenn sie Karriere machen und ihre hervorragenden Fähigkeiten in der Praxis einsetzen sollen, hakt, was nicht an den Fähigkeiten der Frauen, sondern daran liegt, dass wir unsere Betreuungsstrukturen und die Unterstützung von Familien weiterentwickeln müssen.

Das haben wir getan. Herr Minister Laschet hat das in eindrucksvoller Weise mit dem Anstieg der Betreuungsplätze für unter Dreijährige und insgesamt mit der Umsetzung des KiBiz belegt. Die Zahlen sprechen für sich. Die Beträge sind von 2005 mit 800 Millionen € auf nunmehr 1,2 Milliarden € gestiegen. Jeder kann sich ausrechnen, was das in der Praxis bedeutet.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Während sich die Opposition aber immer noch an ihrem Lieblingsrelikt der längst überlebten Regionalstelle Frau und Beruf festklammert, haben die Frauen in NRW mit uns schon längst den Weg in Richtung Zukunft angesteuert.

(Zuruf von den GRÜNEN: Hä?)

Chancengleichheit in Ausbildung und Beruf erreicht man nicht durch vermeintliche Leuchttürme, sondern die Schaffung eben dieser besseren Rahmenbedingungen, vor allem bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unter Einsatz und Kooperation aller betroffenen Ressorts.

Familienfreundlichkeit, Bildung, U3-Betreuung und Ganzttag – die Landesregierung hat Gott sei Dank rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt und neben diesen Grundvoraussetzungen und Säulen auch Maßnahmen auf weiteren Gebieten ergriffen, die unerlässlich für die Entstehung von noch mehr Chancengleichheit für Frauen in der Gesellschaft sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Pieper-von Heiden, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Nein, ich möchte gern fortsetzen, Herr Präsident.

Vizepräsident Edgar Moron: Das finde ich gut.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Verstärkter Einsatz von Mentoringprogrammen, Stärkung der Vernetzung und Erhöhung des Frauenanteils in den MINT-Berufen – dass diese Konzepte mehr für die

Frauen in NRW bewirkt haben als die Politik der Vorgängerregierung, zeigen die aktuellen Erwerbstätigenquoten sehr deutlich. Zwischen 2000 und 2008 sind diese von rund 58 % auf 65 % gestiegen. Auch hierbei wünschen wir uns noch mehr. Aber wir sehen: Es geht kontinuierlich nach oben.

(Zuruf von Gerda Kieninger [SPD])

Nicht unerwähnt möchte ich in diesem Zusammenhang die Anstrengungen des Innovationsministeriums lassen, das bei der Gleichstellung an Hochschulen sowohl zentrale Steuerungselemente, hochschulübergreifende Maßnahmen der Gleichstellung wie auch die Verleihung des Preises für das beste Gender-Mainstreaming-Konzept der Universitäten und Fachhochschulen mit erheblichen Mitteln fördert.

(Gerda Kieninger [SPD]: Preise sind immer gut!)

Allein 15 % des Innovationsfonds aus dem Pinkwart-Ministerium sind für die Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung vorgesehen. Dieser Fonds steigt von 42,775 Millionen € in 2009 auf 50 Millionen € im nächsten Haushaltsjahr 2010 an. Das sind 7,25 Millionen € mehr für die Frauenförderung in Wissenschaft und Forschung.

Die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen sind sich einig, dass der Erhalt von Beratungs- und Hilfestrukturen gerade beim Thema Gewalt gegen Frauen und Mädchen von besonderer Wichtigkeit ist. Auch hierbei werden keine Kürzungen vorgenommen, sodass das landesweite Angebot erhalten bleiben kann.

Nachdem nun auch im Bund eine schwarz-gelbe Regierung ihre Amtsgeschäfte aufgenommen hat, sehen wir neuen Impulsen aus dieser Richtung mit Vorfreude entgegen.

(Zuruf von Ursula Meurer [SPD])

Selbstverständlich wäre es auch uns lieber, wenn wir in diesem Bereich größere finanzielle Sprünge machen könnten, aber wenn man die Altlasten einer Vorgängerregierung übernehmen muss und dann noch von einer der schwersten Wirtschaftskrisen aller Zeiten erwischt wird,

(Gerda Kieninger [SPD]: Im Schuldenmachen sind Sie aber auch nicht schlecht!)

ist es wichtiger, eine dauerhafte Bereitstellung der Grundstrukturen zu gewährleisten, als über Generationen hinweg Schulden zu machen,

(Gerda Kieninger [SPD]: Da haben Sie uns bei Weitem übertroffen!)

bis schließlich der strukturelle Totalzusammenbruch passiert.

Meine Damen und Herren von der Opposition, mit Ihrer Politik hätten wir das Unternehmen Nordrhein-Westfalen bereits insgesamt dichtmachen können.

In schwierigen Zeiten gilt es, die Grundstrukturen zu erhalten. Dies ist mit dem Haushaltsentwurf 2010 gesichert. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Steffens das Wort. Bitte schön, Frau Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Pieper-von Heiden, Sie können versuchen, den Frauenhaushalt so lange schönzureden, wie es eben geht. Aber das glaubt Ihnen in diesem Land sowieso niemand mehr, denn dieser Frauenhaushalt ist nicht schön.

Wenn Sie die Augen nicht schließen, sondern aufmachen würden, würden Sie zum Beispiel bemerkt haben, dass es eine breit getragene Kampagne „Schwere Wege leicht machen“ in diesem Land gibt. Das ist keine Kampagne, die allein von den autonomen Frauenhäusern ausgeht, sondern sie umfasst mittlerweile alle Frauenhäuser.

Es gibt etliche Solidaritätsschreiben der unterschiedlichsten Verbände dazu. Mit diesem Aufruf und dieser Kampagne wird Alarm geschlagen, weil dieser Frauenhaushalt für die Frauenhäuser keine verbindliche Finanzierung vorsieht, wir aber eine verbindliche Finanzierung brauchen. Deswegen ist das reine Schönrederei.

Ich will es noch einmal an dem Beispiel deutlich machen, weil ich glaube, dass es für die Menschen dadurch am besten erlebbar ist. Sie haben im Bereich der Frauenhäuser gekürzt. Der Minister kann sich hierher stellen und sagen, die Zuwächse im Kinder- und Jugendbereich seien erfreulich. Es mag nett sein, wenn im Kindergartenbereich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden muss und auch wird, aber im Bereich der Frauenhäuser haben Sie im letzten Haushalt gekürzt. Sie gleichen das hier nicht aus, obwohl mittlerweile noch eine Kostensteigerung hinzukommt.

Jedes Jahr suchen über 10.000 Frauen und Kinder in Notsituationen Frauenhäuser in Nordrhein-Westfalen auf. Wir wissen, in diesem Bereich gibt es mittlerweile extreme Probleme, um gerade die Kinder, die Ihnen in Ihrer Rede vorhin noch so am Herzen gelegen haben, in den Frauenhäusern zu begleiten und ihnen zu helfen. Sie sind zum Teil hoch traumatisiert und brauchen Unterstützung. Bei dem Personalabbau in Nordrhein-Westfalen ist das nicht möglich.

Die Frauenhäuser schlagen Alarm. Sie müssen Frauen mit Kindern zum Teil abweisen. Sie können sie nicht aufnehmen, weil sie keine entsprechende Betreuung anbieten können. Das ist unverantwortlich. Deswegen wollen wir eine kontinuierliche und

dauerhafte Finanzierung, zumindest aber erst einmal eine Aufstockung, damit die notwendige Beratung, Hilfe, Unterstützung und Zuflucht bereitgestellt werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laschet, Sie haben im Ausschuss mittlerweile selbst eingeräumt, dass es nicht geht, dass man für mehr Arbeit seit Jahren dasselbe Geld bekommt, obwohl die Tarifvereinbarungen zu Mehrkosten geführt haben und die Miet- und Energiekosten ebenfalls gestiegen sind.

Man kann es am Beispiel der Frauenberatungsstellen, aber auch an den Frauennotrufen verdeutlichen. Mit den gleichen finanziellen Mitteln kann die gleiche Arbeit und Leistung nur erbracht werden, wenn sich die Beschäftigten selbst ausbeuten, wenn sie an vielen Stellen unentgeltlich arbeiten. Andernfalls kann man die gleiche Leistung nicht mehr erbringen. Das wäre ein Problem.

Am Beispiel Notrufe kann man sehen, wie viele Aufgaben hinzugekommen sind: durch Stalking, durch Probleme mit K.o.-Tropfen, durch Genitalverstümmelung und Zwangsheirat. – All diese Aufgaben kommen hinzu, müssen geleistet und erbracht werden. Deswegen brauchen wir mehr Geld.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das gilt auch für die spezialisierten Beratungsstellen. Für Nordrhein-Westfalen brauchen wir dringend zumindest zwei Beratungsstellen für Genitalverstümmelung, weil das Problem in Nordrhein-Westfalen existiert. Davor können wir die Augen nicht verschließen.

Wir haben aber noch zwei weitere Bereiche, die aus meiner Sicht eine massive frauenpolitische Rolle spielen. Zum einen handelt es sich um den Bereich der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen. Das geht in dieser Form aus unserer Sicht nach wie vor nicht.

Sie haben mit der gesetzlichen Änderung festgeschrieben, dass multiprofessionelle Teams mit Ärzten perspektivisch nicht mehr möglich sind, sondern nur dort existieren, wo noch Ärztinnen vorhanden sind. In dem Moment, in dem diese die Stelle wechseln oder aus Altersgründen ausscheiden, entfällt dieser Bereich. Das ist aus unserer Sicht nicht mit dem Gesetz vereinbar, weil die fachliche Beratung durch Ärzte erbracht haben muss.

Ich weiß, dass wir im Ausschuss seit einiger Zeit darüber streiten. Wir werden das noch an anderer Stelle klären lassen; denn Sie befinden sich auf dem Holzweg. Sie bringen die Frauen um die Rechte, die sie aus unserer Sicht haben.

Für noch problematischer halte ich einen anderen Bereich. Dazu haben wir gerade neue Richtlinien

bekommen. Es gab ein Wohnungslosenprogramm in Ihrem Ministerium. Bei allen Anhörungen wurde von den Expertinnen und Experten gesagt, dass es dringend notwendig ist, in diesem Bereich Angebote gerade für Frauen zu unterbreiten. Das ist nicht passiert. Obwohl Ihnen das Geld vom Parlament zugewiesen worden ist, haben Sie das Programm ein ganzes Jahr lang ausgesessen. Sie haben nichts umgesetzt.

Zum Ende des Jahres haben Sie jetzt eine Vorlage vorgelegt, wie Sie sich die Abwicklung vorstellen. Auf einmal können auch wieder andere Bereiche aus dem Programm finanziert werden, die gar nicht dazu gehören. Dieses Programm ist bei Ihnen völlig falsch aufgehoben. Wir würden es für richtig halten, dass die Wohnungslosen dem Ministerium von Herrn Minister Laumann zugeordnet werden. Dort ist zumindest die notwendige Sozialkompetenz für diese Personengruppe vorhanden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. – Jetzt hat Herr Minister Laschet das Wort.

(Zuruf von der SPD)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Steffens sagt am Ende immer, Herr Laumann habe mehr Empathie und die Dinge seien bei ihm besser aufgehoben.

Wir glauben, das Programm ist ein gutes Programm.

(Zuruf von Barbara Steffens [GRÜNE])

Was Sie gerade kritisiert haben, müssten wir vielleicht im Ausschuss noch einmal vertiefen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf im Etat der Frauenpolitik ist eine gute Grundlage in wichtigen Handlungsfeldern. Dazu gehört zunächst die Frage der beruflichen Gleichstellung. Nicht zuletzt die immer noch bestehende Lohndifferenz zeigt deutlich, wie schwierig es ist, hier zu einer wirklichen Gleichstellung zu kommen. Darum wollen wir die Ursachen der Ungleichheit mit neuen Projekten, aber auch mit der Fortführung erfolgreicher Projekte angehen.

So steht die Überwindung der ungleichen Bezahlung bei unserem Projekt im Mittelpunkt, das den etwas langen, aber aussagekräftigen Namen trägt „Geschlechtsspezifische Entgeltungleichheit: Entwickeln und Erproben von Lösungsansätzen in der betrieblichen Praxis“. Es kommt darauf an, in der Praxis neue Ansätze zu entwickeln. Dem dient dieses Projekt. Nordrhein-Westfalen ist damit eines von ganz wenigen Ländern in Deutschland, die sich nicht mit flankierenden Maßnahmen wie zur Berufswahl oder zum Aufstieg begnügen, sondern

unmittelbar bei den verborgenen diskriminierenden Mechanismen ansetzen.

Das Zweite sind Nachteile durch Berufsunterbrechung, die ebenfalls Ursache für die Lohndifferenz sind. Frau Kollegin Westerhorstmann hat das schon angesprochen. Die Internetplattform Forum W und die regionalen Maßnahmen wie das Netzwerk W wirken ebenso wie der massive Ausbau der Kinderbetreuung, der es vielen Müttern ermöglicht, Beruf und Familie besser miteinander zu vereinbaren. In der Frauenpolitik geht es vor allem um die Frauen, die beides miteinander vereinbaren. Gleichmaßen stellen wir über das Elterngeld fest, dass sich zunehmend auch Väter der Kinderbetreuung widmen.

Wichtig ist auch das Projekt zur Unterstützung von Frauen in Forschung und Technik. Frau Pieper-von Heiden hat eben schon darauf hingewiesen, was allein im Etat des Wissenschaftsministers passiert. Auch hier haben wir begleitende Projekte zur Unterstützung von Frauen in Forschung und Technik. Dies gilt gerade im Hinblick auf Weichenstellungen bei der Berufswahl.

Das Jahr 2009 war ein ganz besonderes, da wir den Vorsitz in der GFMK hatten, der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz der deutschen Länder. Wir haben in dem Punkt Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, Frauen und Integration, in diesem Jahr wichtige Impulse gesetzt. Die gesellschaftliche Teilhabe ist eine ganz wichtige Frage, der wir uns in Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros und Gleichstellungsstellen, dem Frauenrat und dem Netzwerk von Frauen und Mädchen mit Behinderungen auch in Zukunft stellen werden.

Lassen Sie mich mit dem sehr wichtigen Bereich Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen schließen. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen bleibt leider nach wie vor eine wichtige und unverzichtbare Aufgabe der Gleichstellungspolitik. Im Mittelpunkt der Diskussionen steht wieder einmal die Frage, ob unser derzeitiges System der Finanzierung der Frauenhäuser nicht durch eine bundeseinheitliche, einzelfallunabhängige Finanzierung abgelöst werden könnte. Das ist eine Frage, welche die Frauenpolitik seit Jahrzehnten beschäftigt; zum ersten Mal ist 1985 auf dem bundesweiten Frauenkongress über diese Frage diskutiert worden.

Ich sehe heute weder die rechtlichen – weil es keine Bundeszuständigkeit gibt – noch die politischen Konsensmöglichkeiten im Hinblick auf diese Frage. Wir haben das Thema bei der Frauenministerkonferenz in Nordrhein-Westfalen zur Debatte gestellt, aber es gibt keinen einzigen Kollegen und keine einzige Kollegin aus den anderen Ländern, der oder die eine völlig neue Systematik auch nur im Ansatz befürworten würde. Ich warne vor der Illusion, dass eine bundesweite Regelung die Situation hier in Nordrhein-Westfalen verbessern würde. Ich befürchte eher eine Standardabsenkung, denn immer-

hin fördern wir auf Landesebene mit der Vorhaltung von drei festen Stellen nach wie vor auf sehr hohem Niveau.

Entgegen anderslautender Behauptungen – wie eben wieder von Frau Meurer vor dem Plenum des Landtags geäußert – findet jede Frau, die es wünscht, in einem Frauenhaus Schutz und Hilfe. Keine Frau wird abgewiesen. Es gibt freie Plätze, die sie zu jeder Minute, auch im Internet, abrufen können.

(Helga Gießelmann [SPD]: Aber nicht immer in erreichbarer Nähe!)

Wenn Sie, nachdem Sie den Saal verlassen haben, das Internet aufrufen, sehen Sie, wo es freie Plätze gibt. Insofern sollten wir die Frauen nicht verunsichern. Es gibt freie Plätze, und keiner wird abgewiesen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Man muss sich auch noch einmal den Querschnittscharakter der Politik klar machen. Durch das Gesetz, auf dessen Grundlage inzwischen derjenige, der schlägt und Gewalt ausübt, der Wohnung verwiesen wird, haben wir in Nordrhein-Westfalen – das hat der Innenminister kürzlich noch einmal deutlich gemacht – 10.000 Wohnungsverweisungen. Das bedeutet, dass 10.000 Frauen weniger den Weg ins Frauenhaus gehen müssen und der Mann, der geschlagen hat, die Wohnung verlassen muss.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Es ist doch gut, nicht nur Hilfe in Notlagen zu finanzieren, sondern Strukturen herzustellen, die solche Gewalttaten unmöglich machen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Der Haushaltsansatz 2010 wird die gleiche Höhe wie im Vorjahr haben; es gibt in diesem Bereich keine Kürzungen. Insofern müssen Sie, wenn Sie dagegen polemisieren, immer auf weit zurückliegende Kürzungen zurückgreifen. Die Infrastruktur ist heute wesentlich weiter als zur damaligen Zeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich den Teilbereich Frauen, eröffne die Diskussion über den

**Teilbereich
Integration und Eine-Welt**

und erteile Frau Kollegin Hendricks für die SPD-Fraktion das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Laschet, Sie haben der SPD in einer der letzten Debatten über den Haushalt vorgeworfen, dass wir den Bereich Eine Welt offenbar nicht sehr ernst nehmen, weil wir ihn in der Debatte nicht angeführt haben. Da wir es mit dem Thema Eine Welt natürlich ernst meinen, werde ich heute ausschließlich darüber sprechen.

Aber, Herr Laschet, in der Zielrichtung haben wir große Übereinstimmungen mit Ihnen. Auch wir wollen mehr entwicklungspolitische Arbeit in Nordrhein-Westfalen ermöglichen, die Millenniumsziele umsetzen und Bildungsarbeit ermöglichen. Wir wissen aber auch, dass Sie es schwer haben mit Ihrem Koalitionspartner. Denn tatsächlich – auch das haben Sie eben gesagt, Herr Laschet – wird die Bedeutung eines Ministers immer dann erkennbar, wenn es einen Aufwuchs in seinem Haushalt gibt. Einen Aufwuchs im Bereich Eine Welt können Sie über die gesamte Legislaturperiode hinweg aber nicht wirklich verbuchen, denn eigentlich hat es im Wesentlichen Kürzungen gegeben.

Deshalb will ich noch einmal ein bisschen in die Geschichte hineingehen. Aber lassen Sie mich zunächst darauf hinweisen, dass auch der Antrag von CDU und FDP mit dem Titel „Entwicklungspolitik effektiv und nachhaltig gestalten“ im Wesentlichen ein Schwanenanzug war, der übrigens unter dem Haushaltsvorbehalt steht und damit keine Haushaltsrelevanz hat.

Wir alle in diesem Hohen Hause sind uns, denke ich, einig, dass für die Bekämpfung von Hunger und Armut in der Welt, für die Bewältigung des Klimawandels und für die Sicherstellung der Energieversorgung mehr getan werden muss. Aber zum Erreichen dieser Ziele braucht es auch entsprechende Mittel. Sie selbst sagen in dem Antrag, dass es Öffentlichkeitsarbeit dazu geben muss. Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit kosten aber Geld.

Insgesamt gab es für den Entwicklungshilfebereich seit 2006 keine nennenswerten Haushaltssteigerungen, wenn man einmal von der Erhöhung für die Friedensdienste absieht. Die ab 2006 eingeleiteten Kürzungen wurden vielmehr hartnäckig bis 2010 fortgeschrieben. Die Mittel für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit wurden gekürzt; die Gruppen machen uns heute immer deutlicher, dass sie diese Mittel wiederhaben möchten. Sie weisen in der Antwort auf unsere Große Anfrage darauf hin, dass es bei uns damals in der 13. Legislaturperiode geschätzte 3.000 Gruppen gab, von denen Sie heute gar nicht mehr wissen, ob Sie noch existieren.

Glücklicherweise gibt es aber noch eine ganze Reihe dieser Gruppen, die sich für Bildung und fairen

Handel einsetzen. Nun stellt das Land in Aussicht, eine Neuausrichtung der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit auf der Grundlage von Beratungsergebnissen in der Bund-Länder-Kommission vorzulegen. Die Ergebnisse dieser Beratungen, die bis Ende 2009 abgeschlossen sein sollen, scheinen keine Haushaltsrelevanz zu haben, denn es findet sich nichts dazu im Haushalt.

Aus der Beantwortung der Großen Anfrage wird deutlich, dass es Geld aus anderen Haushaltstöpfen für das entwicklungspolitische Engagement gibt. Für die Partnerschaft mit Mpumalanga standen 2005 in der Tat 309.000 € zur Verfügung. Die Höhe dieser Mittel ist kontinuierlich bis auf 215.000 € gesenkt worden. Für das Jahr 2009 gab es wieder einen Ansatz von 312.000 €. Was der Ansatz für das kommende Jahr ist, lässt sich dem Einzelplan 15 nicht entnehmen; wir haben diese Zahlen der Antwort auf die Große Anfrage entnommen.

Auch für die Partnerschaft mit Ghana sind keine direkten Haushaltsmittel ausgewiesen. Kommunen, NGOs und die Wirtschaft sollen die erforderlichen Finanzmittel durch Kooperation aufbringen. Damit wird die Wertigkeit dieser Partnerschaft überdeutlich. Wir würden uns wünschen, dass im Sinne der Haushaltsklarheit die entwicklungspolitischen Mittelansätze, die man zurzeit in unterschiedlichen Haushaltsansätzen findet, im Einzelplan 15 gebündelt aufgeführt würden.

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Bildungsarbeit sagen. Der Plan „Aktion Zukunft Lernen“ im Rahmen der UN-Dekade erhielt in den Jahren 2005 bis 2009 insgesamt 186.665 €. Das sind umgerechnet etwa knapp 40.000 € für das gesamte Land. Dahinter stehen 9.000 Kitas, 7.500 Schulen und unendlich viele Gruppen der Jugend. Ob man das eine nachhaltige und effektive entwicklungspolitische Bildungsarbeit nennen kann, na ja, Herr Laschet, da können Sie uns vielleicht etwas zu sagen.

Auch wenn Sie die Dekadejahre bis 2014 jetzt plötzlich mit 100.000 € belegen, reichen diese Mittel nicht aus, um wirklich etwas zu bewegen. Es muss uns gelingen, nicht nur Absichtserklärungen zu formulieren, sondern Vorbild zu sein, erst recht als UN-Sitz und als Nord-Süd-Zentrum. Dazu bedarf es einer anderen Ausrichtung im Haushalt. Wir lehnen diesen Haushalt ab, weil er unseren Vorstellungen nicht entspricht. – Ich bedanke mich.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Jetzt hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Solf das Wort.

Michael Solf (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich wirklich sehr, dass wir auch in den Bereichen Integrations-

und Entwicklungspolitik einen Haushalt für das Jahr 2010 vorliegen haben, der solide gerechnet ist und zugleich die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahre fortsetzt. Erlauben Sie mir hierzu in der Kürze der Zeit nur einige wenige Anmerkungen.

Erstens. Sprache und Bildung sind die zentralen Schlüssel auf dem Weg zu einer gelingenden Integration. Daher setzen wir hier auch im Jahre 2010 Schwerpunkte. Über die Investitionen in die Sprachförderung und in die Familienzentren hat bereits Frau Kollegin Kastner berichtet. Ich möchte darüber hinaus noch auf die 27 Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien hinweisen, die derzeit zu einem Netzwerk „Integration durch Bildung“ weiter entwickelt werden. Diese RAA bieten ganz hervorragende Maßnahmen im Elementar- und Schulbereich sowie beim Übergang vom Schul- ins Berufsleben an. Auch im Jahre 2010 stellen wir dafür wieder 2,2 Millionen € zur Verfügung.

Zweitens. Integration findet zu allererst vor Ort statt. Daher halten wir die strategische Partnerschaft von Land und Kommunen lebendig. Alleine mit dem Programm „KOMM-IN NRW“ haben wir Innovationen in der kommunalen Integrationsarbeit bislang mit mehr als 12 Millionen € gefördert. Im vorliegenden Haushalt sind nun erneut Mittel in Höhe von 2,85 Millionen € veranschlagt, um die Verbesserung der Infrastruktur in den Kommunen zu unterstützen. Das kann sich durchaus sehen lassen und ganz sicherlich auch bundesweit.

Drittens. Wir fördern auch weiterhin die Integrationsarbeit der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege. Dies betrifft zum einen die Integrationsagenturen, für die wieder mehr als 6,7 Millionen € zur Verfügung stehen, und zum anderen interkulturelle Zentren, die mit fast 1,2 Millionen € unterstützt werden.

Viertens. Wir stärken das aktive Engagement der Migrantenselbstorganisationen, und zwar auch hier insbesondere im Hinblick auf eine Verbesserung der Bildungschancen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an das landesweite Elternnetzwerk NRW. Die entsprechenden Mittel haben wir bereits im Haushalt 2009 aufgestockt, und diese Erhöhung wollen wir beibehalten. So viel in Kürze zum Bereich Integration, auch wenn ich gerne noch zahlreiche weitere gute und zukunftsweisende Maßnahmen erörtern würde.

Lassen Sie mich nun kurz zum Bereich Entwicklungspolitik kommen. Wie wichtig uns dieses Politikfeld ist, haben wir erst vor einigen Wochen in einem von uns eingebrachten Antrag deutlich gemacht. Chris Bollenbach hat es Ihnen gesagt.

Nachdem die Gesamtausgaben des entsprechenden Kapitels bereits im letzten Haushalt erhöht wurden, steigen diese im kommenden Jahr nochmals auf dann über 5 Millionen €. Besonders erwähne ich

hierbei, dass die Mittel für die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit, für das Koordinatorenprogramm, für den konkreten Friedensdienst oder für den UN-Standort Bonn auch in schwierigen Haushaltszeiten nicht gekürzt, sondern beibehalten werden.

Gleiches gilt für die Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit, die unter anderem Projekte in unserem Patenland Ghana und unserer südafrikanischen Partnerprovinz Mpumalanga zugute kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Haushalt werden wir auch im kommenden Jahr die Integrations- und Entwicklungspolitik unseres Landes weiterhin effizient und zukunftsweisend gestalten können. Ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung zu dem Entwurf. – Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Solf. – Jetzt hat für die FDP-Fraktion Frau Dr. Dreckmann das Wort.

Dr. Ute Dreckmann (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für die FDP-Landtagsfraktion ist Integration von Zuwanderern eine zentrale Zukunftsaufgabe. Integration ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe, die das Gemeinsame unterschiedlicher Menschen anerkennt und dadurch ein friedliches und respektvolles Miteinander fördert auf der Basis der von allen Seiten getragenen demokratischen Werte und Rechtsordnungen.

Für mehr als jeden fünften Einwohner Nordrhein-Westfalens ist Migration Teil der eigenen oder familiären Geschichte. Die Integration der Zugewanderten in Nordrhein-Westfalen ist deshalb eine der ganz wichtigen Aufgaben der Landespolitik.

Von den Neugeborenen in Nordrhein-Westfalen haben ca. 35 – 40 % eine Zuwanderungsgeschichte. In manchen Stadtteilen unserer Großstädte liegt der Prozentsatz sogar bei über 50 %. Deshalb legen wir, ohne die länger hier lebenden Migranten zu vergessen, einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lebenschancen junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe ist die Kenntnis der deutschen Sprache und das erfolgreiche Durchlaufen unseres Bildungssystems. Für die Integrationsförderung stehen im Haushaltsjahr 2010 rund 26,2 Millionen € allein im Haushalt des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration zur Verfügung.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine Vielzahl von unterschiedlichen Maßnahmen, die der Integration von zugewanderten Menschen dienen, angefangen bei der vorschulischen Sprachförderung über die

Integrationsagenturen, Integrationsinitiativen, Integrationsprogramme und der Reform des Gesetzes zur Förderung der politischen Partizipation von Ausländern und Bürgern mit Migrationshintergrund vom 24. Juni 2009. Nordrhein-Westfalen wird so Zug um Zug zum Land neuer Integrationschancen.

Als gutes Beispiel für gelungene Integrationsprojekte möchte ich die Ausbildung von Integrationslotsen nennen. In Duisburg oder Ibbenbüren zum Beispiel unterstützen Integrationslotsen mit Migrationshintergrund ehrenamtlich den Prozess der Integration. Sie nehmen auf kommunaler Ebene eine Brückenfunktion wahr und tragen gleichzeitig dazu bei, die Eigenverantwortung der Migranten zu stärken. Sie begleiten ausländische Mitbürger zu Ämtern, Banken oder anderen Institutionen, aber auch zum Arzt oder bei Besuchen im Krankenhaus.

Kommen wir nun zum Bereich Eine-Welt: Dazu möchte ich ausführen, dass wir als Bundesland Nordrhein-Westfalen mittlerweile auch auf der bundespolitischen und der internationalen Bühne eine wichtige Rolle spielen. Die im Jahr 2007 ins Leben gerufene Bonner Konferenz für Entwicklungspolitik am einzigen deutschen UN-Standort in Bonn ist dabei, sich zu etablieren, und gibt wichtige Impulse für die internationale Entwicklungszusammenarbeit.

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land und ein starker Akteur in der Eine-Welt-Politik. Dennoch werden wir als FDP-Landtagsfraktion aus ordnungspolitischen Gründen weiter darauf achten, die klare Kompetenzzuordnung nicht zu verlassen. Entwicklungspolitik ist in erster Linie eine Aufgabe der europäischen Staatengemeinschaft und der Bundesrepublik Deutschland. Dort aber, wo das Land Nordrhein-Westfalen im Rahmen seiner Möglichkeiten einen konkreten Beitrag leisten kann, wollen wir das gerne tun.

Im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik fördern wir den internationalen Jugendaustausch mit unserem Partnerland Ghana, mit der Türkei und mit Israel. Die internationale Jugendarbeit leistet einen wichtigen Beitrag für die Sozialisation der heranwachsenden Generation. Sie zielt darauf ab, das gegenseitige Verständnis, die Offenheit gegenüber anderen Kulturen und interkulturelle Kompetenz zu fördern.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen nimmt in der Integrationspolitik und auch in der Entwicklungspolitik bundesweit eine Vorreiterrolle ein. Mit diesem Haushalt sorgen wir dafür, dass das so bleibt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Dreckmann. – Jetzt erhält Frau Asch für die Fraktion der Grünen das Wort.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man muss dem Integrationsminister zugestehen, dass er sich in der Frage, wie unsere Zuwanderungsgesellschaft gestaltet wird, sehr stark engagiert. Man kann feststellen, dass er sich sehr intensiv in die Debatten einbringt, auch in schwierige Debatten wie zum Beispiel die um Moscheebauten, Minarette usw., die wir leider führen müssen. Ich würde mir aber wünschen, Herr Minister Laschet, dass Sie sich im täglichen Klein-Klein der Regierungsarbeit genauso für dieses Thema engagieren würden. Der Haushaltsentwurf ist leider ein Beleg dafür, dass Sie das nicht in ausreichendem Maße tun.

Beispiel: Die Ausgaben für das Kapitel Integration haben sich von 2005 bis 2010 halbiert, nämlich von 52 auf 26 Millionen €. Ich werfe Ihnen nicht vor, dass aufgrund des geringeren Zuzugs weniger gesetzliche Pflichtausgaben anfallen, ich werfe Ihnen aber vor, dass es Ihnen nicht gelingt, einen Teil dieser enormen Einsparungen in eine Aufstockung bei den freiwilligen Leistungen zu überführen. Ihre Vorgängerin im Amt, Frau Fischer, hat genau das gemacht. Sie hat mit dem Argument der zurückgehenden gesetzlichen Pflichtleistungen bei der Zuwanderung immerhin 10 Millionen € für freiwillige Leistungen im Kabinett herausgeholt. Aus diesen 10 Millionen € bezahlen wir heute das KOMM-IN-Programm und weitere Maßnahmen.

Wir als Grüne-Fraktion sehen in vielen Bereichen der Integrationsförderung der Zugewanderten sehr großen Nachholbedarf. Das betrifft zum Beispiel die niedrigschwelligen Angebote, vor allen Dingen aber auch das Netz der regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern aus Zuwandererfamilien. Wir alle wissen, dass dieses Netz nicht dicht genug geknüpft ist. Wenn der Kollege Solf eben zu Recht erwähnt hat, dass Sprachförderung ein ganz wesentlicher Teil der Integrationspolitik ist, dann muss auch das Geld dafür in die Hand genommen werden, um genau diese regionalen Arbeitsstellen, deren zentrale Aufgabe das ist, flächendeckend im Land zu verankern und zu finanzieren, meine Damen und Herren.

Sie haben das in Ihrem „Aktionsplan Integration“ selber zugesagt. Darin steht, dass die leeren Flecken im Land, vor allen Dingen im Münsterland und in Ostwestfalen-Lippe, abgedeckt werden. Allerdings haben Sie dafür bisher nichts getan. Auch in diesem Haushalt sind keine Mittel dafür enthalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mir ist es auch zu wenig, wenn unter dem Dialog mit Muslimen allein die christlich-islamische Gesellschaft gefördert wird, selbst wenn der Sitz in Köln ist, mir als Kölnerin das gut gefällt und dort gute Arbeit geleistet wird. Denn der Dialog muss breiter angelegt und stärker in die Gesellschaft hineingetragen werden. Ich hoffe, dass Ihr Haus dazu noch Vorschläge unterbreiten wird.

Im Hinblick auf den islamischen Religionsunterricht muss man sagen, Herr Laschet, dass Sie gescheitert sind, ihn flächendeckend einzuführen. Genau das hatten Sie sich vorgenommen. Sie haben der Presse auch mit großen Worten mitgeteilt, das wäre jetzt umgesetzt, obwohl Sie wissen, dass das mitnichten der Fall ist. Fürchten Sie nicht manchmal, dass man Ihre Worte und Ankündigungen auch überprüft? Denn eins ist deutlich: Es gibt keine Vereinbarung mit den Verbänden. Es gibt keine einzige Personalstelle zusätzlich dafür im Schulhaushalt. Ja, es gibt noch nicht einmal die Basis dafür, nämlich die Ausbildung der Kolleginnen und Kollegen an den Unis, die diesen Unterricht dann ausführen könnten. Wir sehen in diesem Feld: Das ist Ankündigungspolitik ohne Substanz.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch ein ganz wichtiger Punkt ist die Antidiskriminierung. Das ist auch ein Teil der Integrationsarbeit. Wir wissen, wie wichtig die Antidiskriminierungsarbeit ist, weil immer noch Menschen mit Migrationshintergrund, Ausländerinnen und Ausländern sehr oft mit Vorurteilen begegnet wird und sie Diskriminierung ausgesetzt sind. Sie haben die Titelgruppe 62 erhalten. Ich hatte damals durchaus Zweifel, ob die Inhalte Diskriminierung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit so weitergeführt werden. Seit dem Berichterstattergespräch zum Einzelplan 15 kenne ich den Grund: 2009 wurden 45.000 € aus dem Titel Antidiskriminierungsarbeit als Zuschuss zum Bundestreffen der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland verwendet, meine Damen und Herren. Herr Minister Laschet, ich frage Sie: Was hat diese Förderung mit Projekten und Maßnahmen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun? Sie können das ja machen. Sie können diese Treffen fördern, aber dann nehmen Sie bitte den Haushaltstitel, der dafür vorgesehen ist, aus der Kulturförderung nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes und nicht sach- und fachfremd die Mittel aus der Diskriminierungsarbeit.

Auch für die Integrationspolitik gilt, Herr Laschet, von Ihrer Seite: Gute Absichten, schöne Bücher, die Sie schreiben, aber konkrete Erfolge können Sie in diesem Punkt nicht vorweisen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Jetzt hat Minister Laschet das Wort.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die kleine Werbung für Bücher am Schluss. Ich würde aber lieber über den Haushalt und über das sprechen, was uns hier beschäftigt. Daran kann man nämlich sehen, dass die Landesregierung mit dem Ziel,

Nordrhein-Westfalen zum Land der neuen Integrationschancen zu machen, in den letzten Jahren ein großes Stück weitergekommen ist.

Im Kapitel 15 060 stehen 26,2 Millionen € zur Verfügung. Die bewährten Programme können damit nicht nur weitergeführt, sondern auch qualitativ weiterentwickelt werden. Wir sichern mit diesen Haushaltsmitteln die engagierte Arbeit der 126 Integrationsagenturen in der Trägerschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Von der Fachkunde, dem Engagement und der Kreativität der Integrationsagenturen kann sich jeder auch in seinem Wahlkreis immer wieder ein Bild machen. Sie sind wichtige Stützen der Integrationsarbeit, nicht nur an wenigen Orten, sondern überall im ganzen Land.

Die Regionalen Arbeitsstellen, die RAA, werden durch die gemeinsame Unterstützung des Integrationsministeriums und des Schulministeriums an allen 27 Standorten ihre Arbeit fortsetzen und neue Projekte entwickeln können. Ziel des Netzwerkes „Integration durch Bildung“ ist es, das bei den RAA vorhandene Know-how zu bündeln und praxisorientierte Konzepte in die Fläche zu bringen, sodass wir irgendwann in ganz Nordrhein-Westfalen auf diese Erfahrung zurückgreifen können. Der Kollege Solf hat ja die Arbeit der RAA eben genauso gewürdigt wie die KOMM-IN-Projekte, die genau von der Erkenntnis ausgehen, dass Integrationsarbeit weder auf der Bundesebene noch letztlich auf der Landesebene betrieben wird. Das muss vor Ort in den Kommunen geschehen. Deshalb unterstützen wir die Kommunen bei dieser Arbeit.

Der Haushaltsentwurf ist überdies Grundlage für die Fortführung der wichtigen Arbeit des Integrationsbeauftragten für die Stabilisierung der Initiativen von Migrantenselbstorganisationen und für die Fortsetzung des Dialogs mit dem Islam und nicht zuletzt für den weiteren Prozess der Neuprofilierung und Stabilisierung des Zentrums für Türkeistudien. Wir werden in den nächsten Wochen das Berufungsverfahren für einen neuen Direktor abschließen können. Dann haben wir die einzigartige Möglichkeit, dieses Zentrum ganz eng zu verbinden mit der Universität Duisburg-Essen, die einen eigenen Lehrstuhl für den neuen Direktor bereitstellen wird. Dann haben wir eine hohe Fachlichkeit in diesem Zentrum, was auch der Integrationsarbeit gut tun wird.

Lassen Sie mich zum zweiten Teil, der internationalen Zusammenarbeit, einige Sätze sagen. Auch hier hat Nordrhein-Westfalen wichtige Impulse gegeben. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat auf Initiative von Nordrhein-Westfalen im Oktober 2008 einen neuen Beschluss zur Rolle der Länder in der Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Die zweite Bonner Konferenz hat im August unter Mitwirkung des Bundespräsidenten und unter Beteiligung hochkarätiger internationaler Referenten mit über 800 Teilnehmern eine große öffentliche Resonanz

gefunden. Seit dem Abschluss des Partnerschafts-abkommens mit Ghana haben wir zunehmend Gruppen und Organisationen aus unserem Land, zunehmend Städtepartnerschaften, die sich genau dieser Arbeit widmen.

Frau Kollegin Hendricks, lassen Sie mich zum Thema UN-Standort Bonn eine abschließende Bemerkung machen: Den UN-Standort zu profilieren, hat vor 2005 niemand gemacht. Die Eine-Welt-Arbeit, die Entwicklungszusammenarbeit, war unter Frau Höhn sehr stark auf die Eine-Welt-Gruppen konzentriert. Das war auch in Ordnung. Manchmal hat sie ihre Projekte übertrieben, aber im Grundansatz war das in Ordnung. Nur wir haben dieses Thema erweitert. Wir haben gesagt, wir wollen etwas für Bonn als UN-Standort tun.

(Beifall von der CDU)

Wir müssen den Standort profilieren. Wir müssen mit der Wirtschaft kooperieren. Das sind neue Dinge, die wir in die Politik eingebracht haben. Wir haben jetzt die große Chance, dass wir das nicht mühsam gegen den Bund machen müssen.

Die bisherige Entwicklungsministerin hatte keine allzu große Bonn-Leidenschaft. Auch der bisherige Bundesumweltminister hatte keine große Bonn-Leidenschaft. Ich habe die große Hoffnung, dass sowohl der neue Bundesaußenminister, der aus Bonn kommt, als auch der neue Entwicklungsminister und der neue Umweltminister aus dem Rhein-Sieg-Kreis endlich dazu kommen, nicht alles auf Berlin zu konzentrieren, sondern auch in Bonn internationale Politik zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dann haben wir Rückenwind auch für das, wofür Nordrhein-Westfalen, die Landesregierung mit ihrer Arbeit, Grund gelegt hat. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 15 liegen nicht vor.

Wir können jetzt abstimmen, wenn Sie damit einverstanden sind. – Das ist der Fall.

Also stimmen wir ab über die Änderungsanträge, laufende Nummern 24 bis 49 in der Übersicht, die Ihnen als Tischvorlage vorliegt.

Wir stimmen ab über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10249**. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Ich rufe nun den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10250** auf. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Hand-

zeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Herr Sagel. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10251**. Wer dafür ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Koalitionsfraktionen von CDU und FDP. Damit ist auch dieser SPD-Antrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10330** ab. Wer ist dafür? – Die Grünen, die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10331** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10332** ab. Wer ist dafür? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10333** ab. Wer ist für den Antrag? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10334** ab. Wer ist für den Antrag? – Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10335** ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Grünen und Herr Sagel. – Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10336** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und der Abgeordnete Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10338** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10339** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion, die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10252** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion, die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10253** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Grüne und Abgeordneter Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10254** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Grüne. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10337** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Abgeordneter Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10340** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10341** ab. Wer ist dafür? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10342** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen und Herr Sagel. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10255** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10256** ab. Wer ist für den Antrag? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Grüne und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10343** ab. Wer ist für den Antrag? – Grüne- und SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der SPD **Drucksache 14/10257** ab. Wer ist dafür? – SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und Herr Sagel. Wer enthält sich? – Grüne. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10344** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10345** ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Änderungsantrag** der Grünen **Drucksache 14/10346** – letzter Änderungsantrag! – ab. Wer ist für den Antrag? – Die Grünen. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – SPD und Herr Sagel. Damit ist auch dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, nun stimmen wir über den Einzelplan 15 entsprechend der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10215** ab. Jetzt kann die Mehrheit der Koalitionsfraktionen einmal mit Ja stimmen – und alle anderen mit Nein.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Der Rest des Hauses, also die SPD-Fraktion, die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der **Einzelplan 15 verabschiedet**.

Jetzt kommen wir zu:

Einzelplan 02 Ministerpräsident

Dieser Einzelplan umfasst die Teilbereiche „Staatskanzlei und Europa-Angelegenheiten“, „Kultur“ und „Medien“.

Ich weise darauf hin, dass es hierzu die Beschlussempfehlung und den Bericht des Hauptausschusses Drucksache 14/10202 gibt. Außerdem liegen Änderungsanträge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Diese Änderungsanträge tragen die laufenden Nummern 50 bis 66.